Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

2.2.1892 (No. 26)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Ablerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 26. Dienstag, den 2. Februar 1892.

Rede des Abgeordneten v. Buol,

gehalten in der Debatte der Zweiten Kammer über den vierten Ministerialpräsidenten.

(26. Januar 1892.)

[Stenographischer Wortlaut.]

Einleitend bemerkt der Präsident: Es ist mir von dem Herrn Abgeordneten v. Buol ein Antrag übergeben worden, dahin:

„Die Unterzeichneten beantragen in diesem Titel der Organisation der Ministerien den status quo aufrecht zu erhalten, und die Vorlage an die Budgetkommission zurückzuverweisen."

Unterzeichnet ist dieser Antrag von den Herren von Buol, Birkenmayer und sämmtlichen Herren dieser Seite.

Zu diesem Antrage hielt dann Abg. v. Buol folgende Rede:

Meine Herren! Die Position, welche gegenwärtig zur Diskussion steht, greift in die Organisation der Ministerien ein und die Annahme oder Ablehnung präjudizirt spätere Budgetpositionen, insbesondere unter dem Ministerium des Innern.

Meine Freunde und ich stehen auf dem Standpunkt, daß wir die Mehrforderung von 11,500 Mark ablehnen und den status quo hinsichtlich der Organisation der Ministerien, so wie er bislang war, erhalten wissen wollen, und wir sind der Ansicht, daß wenn unser Antrag im ersten Theil angenommen würde, eine Neuaufstellung des Etats schon hier beim Staatsministerium geschehen müßte, daß das aber nicht im Plenum geschehen könnte, vielmehr eine neue rechnerische Aufstellung von Seiten der Budgetkommission eingeholt werden müßte, weßhalb wir im zweiten Theile des Antrags die Rückverweisung an die Budgetkommission beantragt haben.

Indem ich mich anschicke, diesen Antrag in meinem und meiner Freunde Namen zu begründen, so kann ich ja zugeben, daß ein Anwachsen der Geschäfte im Allgemeinen stattgefunden hat, schon in Anbetracht der Zunahme der Bevölkerung und ich gebe das auch zu hinsichtlich der socialpolitischen Gesetzgebung des Reiches. Ich kann auch unbedenklich zugeben, daß der dermalige Zustand der Organisation der Ministerien eine gewisse Halbheit in sich schließt, indem wir 4 selbstständige Ressortchefs haben und doch nur 3 Minister nach Titel und ordnungsmäßigem Gehalt. Allein trotz des Anwachsens der Geschäfte und trotz dieser gewissen Halbheit in der Organisation der Ministerien können meine Freunde und ich doch nicht anerkennen, daß die vorgeschlagene Aenderung der Organisation eine nothwendige oder auch nur entfernt eine dringliche wäre. Ich kann zunächst nicht zugeben, daß ein Zuwachs an Geschäftsnummern an sich ein geeigneter Grund sei zur Schaffung eines neuen Ministeriums oder zur Kreirung eines neuen Ministers, indem hierzu doch besondere Umstände, sachliche oder persönliche Verhältnisse Veranlassung sein müßten. Ich kann mir denken, daß wegen des Anwachsens der Geschäfte weitere Arbeitskräfte eingestellt werden müssen, daß sogar unter Umständen besondere Abtheilungen in einzelnen Ressorts geschaffen werden müssen, aber es scheint mir nun, daß ein solches Anwachsen von Geschäften eine Ausbildung der Organisation mit dem Beginn von oben soll rechtfertigen können. Ich frage mich, wie wäre es, wenn man in dieser Weise auch in anderen größeren Staaten vorginge? Wie viel Ministerien müßten überhaupt in großen Staaten Platz greifen, wenn man den Maßstab, der hier angelegt ist, befolgen wollte? Ueberdies hat die Neuerrichtung eines Ministeriums oder auch nur die Kreirung eines neuen Ministers naturgemäß weitere Folgen, insbesondere weitere Anforderungen zur Folge, sie schafft Bedürfnisse, die wir uns scheuen so unter der Hand mit in den Kauf zu nehmen.

Sodann mache ich aber darauf aufmerksam, daß in Folge der vorgeschlagenen Maßnahme eine weitere Person in das Ministerkollegium gar nicht eintreten würde, da schon jetzt 4 selbstständige Vorstände von Ressorts vorhanden sind, so daß also in dieser Beziehung eine Aenderung überhaupt nicht eintreten würde. Im Uebrigen bin ich der Ansicht, daß nachdem diese Halbheit in der Organisation mehrere Jahre hindurch formell wenigstens gut fungirt hat, nicht einzusehen ist, warum sie nicht auch, in der nächsten Zukunft wenigstens, vorläufig noch weiter bestehen soll; wir wenigstens sind nicht geneigt, uns die Möglichkeit der Rückkehr auf den normalen Stand eines dreiköpfigen Ministeriums ohne Noth nehmen zu lassen. Wir wollen uns, wenn das Bedürfniß es nicht gebietet, die Aussicht auf die Möglichkeit einer Rückkehr zum früheren Verhältniß unbedingt erhalten. Ich darf auch meine Ansicht dahin aussprechen, daß auch die Vorgeschichte des Vorschlages, der heute von Seiten der Budgetkommission gemacht wird, das ganze Verhalten der Großh. Regierung in dieser Sache, das Abspringen von einem Vorschlag auf den andern nicht gerade geeignet erscheint, die absolute Nothwendigkeit der jetzt vorgeschlagenen Neuerung zu rechtfertigen und die Ueberzeugung von dieser Nothwendigkeit in uns hervor zu rufen. Wir könnten uns ferner durchaus nicht davon überzeugen, daß ein Ablehnen dieses Vorschlags irgendwie eine Störung in der Funktion der Staatsmaschine herbeiführen könnte. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß dies auch nicht entfernt geeignet wäre, auch nur eine Beeinträchtigung derselben herbeizuführen.

Nachdem ich damit glaube, die sachlichen Gründe, die uns für die Ablehnung durchschlagend erscheinen, dargethan zu haben, werden Sie mir gestatten, zumal der Herr Berichterstatter bereits darauf hingewiesen hat, daß auf dieser Seite des Hauses auch politische Gründe dafür vorhanden seien, dem gemachten Vorschlag nicht zuzustimmen, mich auch nach dieser Richtung hin auszusprechen. Es wird in der Begründung der Regierungsvorlage besonders darauf hingewiesen, daß den Ministern auf social-politischem Gebiete eine große Geschäftsanhäufung erwachsen sei. Nun ist aber gerade auf social-politischem Boden die Thätigkeit des Ministeriums derart, daß sie nicht besonders animirt, ihm bei Anforderungen besonders entgegenzukommen. Das ablehnende Verhalten der Regierung in dem uns hier besonders Noth thut, ich meine das Verhältniß der Regierung zur Kirchenbehörde, das mangelnde Entgegenkommen auf diesem Gebiet, welches wir so sehr beklagen, ist es, was uns neben der sachlichen Unbegründetheit veranlaßt, gegen die Vorlage zu stimmen. Ich darf hier eine Aeußerung des Reichskanzlers anführen, die in den allerjüngsten Tagen als eine Kunde von weittragendster Bedeutung die Runde durch die Blätter gemacht hat. Ich führe sie deshalb an, weil sie mir ganz auf die vorliegenden Verhältnisse zu passen scheint. Der Herr Reichskanzler Graf von Caprivi hat nämlich vor einigen Tagen im preußischen Abgeordnetenhause gesagt — und ich nehme an, daß er es gesagt hat, damit es möglichst bekannt und beherzigt werde: „Wir gehen schweren Zeiten entgegen und wir müssen, um einer Entwicklung von Kräften im Innern des Staates gegenüber die Oberhand zu behalten, alle Mittel gebrauchen, wir müssen insbesondere der katholischen Kirche und unseren katholischen Mitbürgern entgegenkommen." Das ist der Standpunkt, auf dem auch wir stehen; es ist das Entgegenkommen, das wir vermissen; und ich glaube, daß solches bei uns in Baden seitens der Regierung gegenüber dem katholischen Volk und der geordneten Kirchenbehörde um so nothwendiger wäre, als bei uns noch so kräftige Marksteine des Kulturkampfes zurückgeblieben sind, wie das Missionsgesetz vom Jahr 1872, um nur ein Beispiel anzuführen.

Was hat man nun auf diesem Gebiet an Entgegenkommen im Lauf der letzten Jahre trotz wiederholten Ansinnens der Kurie gethan? Wir schweben nur zwei Vorgänge in dieser Beziehung vor. Einmal die Gesetzesvorlage mit dem bekannten Artikel 4 vom Jahr 1888; jener Artikel 4, welchen der Herr Staatsminister damals in einer Weise vorschlug und vertheidigte, daß er abgelehnt werden mußte, wie mir wohl niemand bestreiten wird. Ferner, daß im vorigen Jahr Erhebungen gemacht worden sind über die Möglichkeit, die eine oder die andere Ordensniederlassung im Land zu gestatten. So viel mir bekannt ist, sind diese Erhebungen zu unsern Gunsten, d. i. zu Gunsten der Sache ausgefallen. Dessen ungeachtet ist meines Wissens nicht einmal eine Antwort an die Kurie erfolgt. Diese beiden Vorgehen, welche ich eben erwähnt habe, lassen, ich kann mich nicht anders ausdrücken, nur annehmen, daß es sich hier nur darum gehandelt habe, ut aliquid fecisse videatur, daß aber die ernste Absicht, das anscheinend erstrebte Ziel zu erreichen, nicht vorlag. Das ist alles, was auf diesem Boden seit Jahren geschehen ist, das ist alles, ungeachtet der vor mehreren Jahren schon geschehenen Vorstellung sämmtlicher kathol. Dekane des Landes unter Leuder's Führung, welche den Zweck hatte, auf das Eindringlichste bei der Gr. Regierung darüber vorstellig zu werden, daß es dringend nothwendig sei, einigermaßen wieder Volksmissionen zuzulassen, wenn Zucht und Gottesfurcht unter der Jugend soll aufrecht erhalten werden; ungeachtet der fortgesetzten Bemühungen der Kirchenbehörde und ungeachtet theilweise imposanter Kundgebungen des katholischen Volkes in Versammlungen und bei Wahlen. Aber nicht nur, daß weiter nichts geschehen ist, nein, die Gr. Regierung ist sogar dazu übergegangen, die katholische Thätigkeit, die ich eben geschildert habe, sowohl die der Dekane und der erzbischöflichen Kurie, als jene des katholischen Volkes zum Gegenstand einer Darstellung zu machen, von der ich sagen muß, daß sie nach meiner Auffassung eine tiefe Kränkung der großen Mehrheit des katholischen Volkes enthält. Es liegt mir hier ein Auszug aus dem bekannten Glückwunschschreiben vor, mit dem wir uns hinsichtlich der Adresse nicht entfernt beschäftigen, während wir mit den Briefstellern uns zu beschäftigen nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben. Es liegt mir die Pflicht ob, da die Thätigkeit des Volkes, die darin dem Klerus und die Kirchenbehörde unterstützte, dort bezeichnet ist, als das „Hineintragen heftigen Parteienstreites in weite Schichten des Volkes bis zur konfessionellen Zwietracht, welche eine Bedrohung der Geschicke des Volkes, Aufreizung und Irreführung" mit sich brächten, (selbst das Vorgehen des Herrn Lender, verdient demnach in den Augen der Regierung das Prädikat der Irreführung und der Aufreizung und ist dies offenbar der Dank für die beobachtete Mäßigung) dieser Charakterisirung unseres Verhaltens, das, wie ich hiermit versichere, auf der Erfüllung einer Gewissenspflicht beruht, eine Darstellung der wirklichen Sachlage laut und ungeschminkt gegenüberzustellen, und da kann ich nur konstatiren, daß wir Katholiken Badens überall und nach allen Seiten zurückstehen. Wir stehen zurück gegenüber allen übrigen badischen Staatsbürgern. Wenn die Herren Dreesbach und Rüdt Volksversammlungen halten wollen, können sie sogar von auswärts beliebigen Succurs beziehen; wenn aber wir nur zu einer Festpredigt in der Kirche oder zu besonderen kirchlichen Zeiten einmal eine geistliche Aushülfe wollen, so ist sie uns verweigert, selbst wenn der Betreffende badischer Staatsbürger ist und alle Voraussetzungen erfüllt hat, die nach badischem Gesetz nothwendig sind für die Uebernahme eines geistlichen Amtes, sofern derselbe einem Orden angehört und einen Rock trägt, der Ihnen nicht angenehm ist. Wir stehen zurück hinter allen unsern Glaubensgenossen im deutschen Reich, und Sie werden zugeben, daß wenn wir uns das stillschweigend gefallen ließen, wir uns gegenüber unsern Glaubensgenossen schämen müßten, und daß Sie die ersten wären, die uns dafür und mit Recht Mißachtung zollen würden. Wir stehen den Katholiken der ganzen Welt gegenüber zurück, wie ich von dieser Stelle aus schon wiederholt gesagt und ich sage es wieder, ohne zu fürchten, daß ich wiederlegt werde: auf dem Ordensgebiet sind wir Katholiken Badens am schlimmsten gestellt von allen civilisirten Ländern der ganzen Welt. Der H. Kultusminister hat mir früher entgegengehalten, daß Württemberg auch keine Orden habe! ich muß abwarten, ob er diese Einwendung künftig wieder geltend machen wird; jedenfalls ist richtig, daß in Württemberg Ordensmissionen allerorts und das ganze Jahr hindurch stattfinden. Ob gegenüber dieser unserer Lage und angesichts der Gewissenspflicht, der wir folgen, nicht die Kennzeichnung unseres Verhaltens, wie ich sie aus diesem Glückwunschschreiben hervorgehoben habe, eine aufreizende und irreführende bezeichnet zu werden verdient, das will ich Ihrer Beurtheilung anheim geben. Ich halte die Behandlung, wie sie uns zutheil wird, um mich offen auszudrücken, für eine ungerechte, für ein Unrecht.

Bei dieser Sachlage vermögen wir die gemachte Anforderung aus sachlichen und aus politischen Erwägungen nicht für eine begründete zu erachten und ich hoffe, daß Sie bei ruhiger Erwägung dies begreiflich finden werden.

Das Ministerium Turban und die Centrumspartei in Baden.

Rede des Abgeordneten Wacker,

gehalten in der Debatte der Zweiten Kammer über den vierten Ministerialpräsidenten

(26. Januar 1892).

[Stenographischer Wortlaut.]

I.

1. Richtigstellung falscher Behauptungen des Abgeordneten Friderich über den Gang der Berathungen in der Kommission.

Meine Herren! Zunächst muß ich Eines richtig stellen, was der Herr Vorredner gesagt hat bezüglich der Tragweite des Antrags, welchen der Herr Abg. v. Buol eingereicht hat.

Er bezweckt keineswegs eine wiederholte sachliche Berathung dieser Sache im Schooße der Budgetkommission. Ich stimme darin dem Herrn Vorredner vollständig bei, daß das zweck- und gegenstandslos wäre, die Sache noch einmal von Anfang an zu erörtern. Der Antrag bezweckt vielmehr, die formale Seite der Sache durch die Budgetkommission festzustellen, um dann bezüglich der Art und Weise, wie die einzelnen Positionen in's Budget einzustellen sind, dem hohen Hause Vorschläge zu unterbreiten, das und nichts

---

Im Sturme geläutert.

24) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Majestät," begann nach einer Pause der junge Graf etwas zögernd; „hören Sie auf nachzugeben."

„Die Nationalversammlung muß mir als der Ausdruck des Volkswillens gelten."

„Und dem Volke gilt Ihre Einwilligung als Beweis, daß Sie all' diesen Gesetzen innerlich beistimmen. Majestät, wenn das so fortdauert, wird am Ende die Nation zwischen dem Throne und der Nationalversammlung nicht mehr zu unterscheiden wissen."

„Das Volk hat politische Rechte bekommen. Wer es nun mit dem Vaterlande wohl meint, der muß sorgen, daß es sie übt. Der König kann keine Wahlpolitik treiben. Er muß nehmen, was ihm das Volk bringt. Ich habe den Versuch gemacht. Ich habe die von meinem Vorfahren suspendirten Parlamente hergestellt, ich habe die Leibeigenschaft auf den königlichen Hausgütern abgeschafft, die Folter verschwand aus dem Gerichtsverfahren, die Lettres de cachet sind aufgehoben. Man hat die Bastille gestürmt und die Gefängnisse von politischen Gefangenen leer gefunden. Ich habe die Frohnden beschränkt und den Getreidehandel freigegeben. Und als die Unzufriedenheit mit den Zuständen trotzdem wuchs, habe ich gethan, was der König vermochte; ich habe die Reichsstände einberufen. Und sie haben die Fahne offener Empörung gegen mich aufgesteckt!"

Larochejacquelin zuckte die Achseln.

„Sie meinen, ich hätte sollen die Empörer niederkartätschen lassen? Junger Mann! Etwas anderes ist, diese Maßregel dann besprechen, wenn die Folgen ihrer Unterlassung zu Tage getreten sind; und etwas Anderes ist es, vor Gott und seinem Gewissen, die Verantwortlichkeit einer solchen Maßregel zu übernehmen, wenn man die Folgen ihrer Anordnung und ihrer Unterlassung noch nicht zu übersehen vermag. Merken Sie sich! der verdient nicht König eines Landes zu sein, der sich nicht um des letzten Bettlers Blut mehr Sorge macht, als um sein eigenes."

Larochejacquelin verbeugte sich tief.

„Der richtige Zeitpunkt, Majestät," sagte er dann.

„Ich bin stolz darauf, ihn versäumt zu haben," erwiderte der König, ihn rasch unterbrechend.

„. . . ist wiederum da," fuhr der junge Graf fort.

„Wie so?" fragte Ludwig XVI. betroffen.

„Majestät, die Vendée steht im Begriff sich zu erheben."

„Da sei Gott vor!" rief der König erschrocken.

„Was man in Paris für Recht findet, das findet man in der Vendée noch lange nicht für billig. Während es hier für angemessen gilt, die Religion zu verspotten und den Priester zu verachten, hält der Vendée seine Religion hoch und achtet seine Priester."

„Ich weiß das."

„Während es hier für frei gilt, mit den alten Rechten des Königthums aufzuräumen, will der Vendée diese erhalten und glaubt darum nicht weniger frei zu sein."

„Ich achte die Rechte meiner Völker."

„Das denkt eben der Vendée. Nun ist vor wenig Wochen das Gesetz über den Konstitutionseid des Klerus in Vollzug gebracht worden."

„Ich weiß; der Klerus der Vendée hat einstimmig den Eid verweigert, und ich schätze diese Charakterfestigkeit."

„Die gesetzliche Folge dieser Weigerung besteht darin, daß die Pfarrer aufgefordert werden, die Pfarrhäuser zu räumen, und sich jeder Kultushandlung zu enthalten."

„Leider! Leider! Was kann ich dagegen thun? Haben denn die Pfarrer die Pfarrhäuser nicht geräumt?"

„Nein, Majestät und Sie werden sie auch nicht räumen. Sie werden sich um dies Gesetz einfach nicht kümmern."

„Aber dann wird man sie mit Gewalt zwingen," sprach der König, dessen Bestürzung sichtlich zunahm.

„Und das werden die Vendée-Bauern nicht dulden."

„Aber was wollen . . ." der König hielt plötzlich inne. „Herr Graf," fuhr er nach kurzem Besinnen fort; „was Sie da sagen, läuft auf den Bürgerkrieg hinaus."

„Ja, Majestät!" erwiderte Larochejacquelin ruhig.

„Und das sagen Sie mir? Wollen Sie etwa mich zum Mitschuldigen machen?"

„Majestät, wir wollen, daß der rechtmäßige König von Frankreich mit der Revolution offen bricht, und das Lilienbanner im Lager des ihm getreuen französischen Volkes aufflanze."

„Herr Graf, Sie sprechen kühn," sagte der König, einen Schritt zurücktretend. „Sie sprechen sich um den Kopf, das ist wahrhaftig die Revolution, der Bürgerkrieg. Und Sie sagen: „Wir!" Wer sind die „wir." Sie sind also nicht allein? Sie kommen im Auftrage einer Verschwörung zu mir, dem König?"

„Majestät geruhen scharfe Worte zu wählen. Ich kenne nur Eine Verschwörung, deren Opfer Sie sind; und dem gegenüber kenne ich nur die Eine Pflicht, die Netze dieser Verschwörung zu durchhauen. Ich bin allerdings nicht so kühn gewesen, meine ausschließliche Ansicht hier zu vertreten. Im Vorzimmer stehen noch die Herren de Lescures und de Charette, die gleicher Ansicht mit mir sind, und wir haben beschlossen, sie Ihnen vorzutragen, in Folge von Nachrichten, die wir gestern über die Volksstimmung in der Vendée zugekommen sind."

Der König ließ sich auf seinen Sessel nieder und starrte lange sinnend vor sich hin.

„Graf Duvergier," murmelte er vor sich hin, „das ist ernst, viel ernster, als ich seither gedacht."

Auf's neue versank er in sein Brüten, das Larochejacquelin nicht zu stören wagte.

Minuten vergingen. Endlich erhob er sich und trat auf den Grafen zu.

„Sie haben Recht gehabt, mir das alles zu sagen. Ich danke Ihnen."

„Sire" unterbrach ihn der Graf freudig. „Was darf ich den Vendéern sagen?"

„Sagen Sie ihnen meinen Dank für ihre Treue." Dann fuhr er im Tone wehmüthiger Resignation fort: „Aber der König muß dem Volke ein Beispiel geben; Gehorsam dem Gesetze! Gott wird helfen, wenn es Zeit ist."

„Sire," bemerkte der Graf erschrocken, „hinter uns steht die Bretagne, die ganz so denkt, wie wir. Die Normandie fällt uns zur Hälfte zu. Wo die Fahne mit den Lilien weht, da ist Frankreich."

„Der König ist da, wo die gesetzlich konstituirten Gewalten sich befinden, und da muß auch seine Fahne wehen."

„Sie werden das Opfer der Verschwörung werden."

„Mag sein. Ich werde dann das Opfer bringen. Ich kenne nur einen Kampf zwischen Franzosen, den friedlichen Wahlkampf."

„Majestät, die Ereignisse gehen dennoch ihren ehernen Gang. Ihre Entscheidung kann sie zum guten Ende lenken."

„Aber nicht auf übele Wegen. Ich will sehen, ob ich nicht im Stande bin, den Bürgerkrieg zu hindern. Sagen Sie den Vendéern, daß ich in keinem Falle das Signal dazu geben, oder ihn durch meine Fahne legalisiren werde. Vor Gott, vor meinem Gewissen und vor der Geschichte soll diese Hand unschuldig bleiben an dem französischen Blute, welches in einem Bürgerkriege vergossen wird. Sagen Sie das meinen getreuen Vendéern; vielleicht gelten ihnen die Worte des Königs doch mehr, als Sie meinen."

Der König machte jetzt eine so entschiedene Handbewegung, daß der Graf nicht länger wagte, eine Unterredung fortzusetzen, welche nach der letzten Wendung kaum noch Hoffnung auf Erfolg zu bieten schien. Er verbeugte sich tief und schritt dann rückwärts der Thüre zu, hinter deren Vorhängen er verschwand.

„Wie Gott will!" sagte der König leise und fiel wieder auf den Sessel zurück.

Als Larochejacquelin in's Vorzimmer trat, lasen die Herren von Lescures und Charette alsbald von seinem trostlosen Gesichte den Mißerfolg seiner Unterredung ab. Doch hatten im Königspalaste die Wände Ohren und keiner der beiden fragte nach den Einzelheiten. Schweigend stiegen sie die breite Treppe hinunter.

Während des Hinabsteigens bemerkte der Graf: „Ich gebe heute noch mein Abschiedsgesuch ein und in drei Tagen bin ich auf dem Wege nach meinen Gütern in der Vendée."

Die beiden Offiziere sprachen dazu kein Wort. Charette zuckte nur leise die Achseln.

Unwillkürlich suchten die Drei das Seineufer auf, und gingen den Quai du Louvre entlang, woselbst Larochejacquelin wohnte. Dort war alles öde. In der Seine trieb noch Eis und kein Fahrzeug brachte Leben an ihre zu Winterszeit unfreundlichen Ufer.

(Fortsetzung folgt.)

Anderes. Ich glaube, der Herr Antragsteller wird das selbst als richtig bestätigen. Der Herr Vorredner hat sodann von den Berathungen und Beschlüssen der Budgetkommission gesprochen, und sich damit zu legitimiren gesucht, daß unsere Presse über diese Sache eingehende Meldungen gebracht habe.

Der Herr Vorredner hat einen Hauptpunkt dabei übersehen. Es ist ganz richtig, daß in unserem Hauptorgan die Sache genau besprochen worden ist; allein zur Abwehr und Richtigstellung dessen, was im offiziellen Organ jener Seite des Hauses über die Sache gestanden hat. Durch dieses Vorgehen der „Badischen Korrespondenz" waren wir genöthigt. Und die „Bad. Korrespondenz" hat sich ja nicht damit begnügt, in wenigen Sätzen ein unrichtiges Bild der Verhandlung der Sache in der Budgetkommission zu geben, sondern sie hat weit ausgeholt zu Angriffen, die wir unmöglich auf uns sitzen lassen konnten, auf die wir auch nicht lange die Antwort schuldig bleiben konnten.

Fieser: Die „Badische Korrespondenz" ist doch nicht unser Parteiorgan, das geht uns gar nichts an.

Wacker: Das ist mir eine sehr interessante Neuigkeit.

Fieser: Daran sind Sie selber schuld, wenn Sie das nicht wissen. Unser Organ hat „Nationalliberale Korrespondenz" geheißen und am 1. Januar aufgehört. Die „Badische Korrespondenz" geht uns gar nichts an.

Wacker: Also der Nachdruck wäre zu legen auf das „Parteioffizielle". Sie werden aber nicht in Abrede stellen, daß es ein Hauptorgan Ihrer Partei ist.

Fieser: Das stelle ich auch in Abrede.

Wacker: Warum haben denn Ihre Blätter an erster Stelle diese Auslassung gebracht? Jedenfalls legen Sie großen Werth darauf. Ich will also einfach sagen: Die „Badische Korrespondenz" hat das gebracht und die „Badische Korrespondenz" geht nicht uns, sondern Sie an. Und darauf wurde im „Beobachter" geantwortet. Vielleicht kann der Herr Minister des Innern uns dann Auskunft geben, wen diese „Badische Korrespondenz" in erster Linie angeht.

Nun, meine Herren, hat der Herr Abg. Friderich aber über den Gang der Sache in der Budgetkommission keineswegs richtig Meldung gemacht. Sachlich wurde einmal abgestimmt über die Prinzipienfrage, ob der 4. Ministerialpräsident zu bewilligen sei oder nicht, resp. die Mittel dafür. Mit dieser einmaligen Abstimmung war die Prinzipienfrage erledigt und nach dieser Erledigung ist die Budgetkommission wie die übrigen Herren auch in die Ferien gegangen. Was nachher kam, bezog sich blos auf die formelle Behandlung der weiteren Folgen dieses Beschlusses. Und, meine Herren, wenn nachher der Antrag des Abg. Wilkens angenommen wurde mit großer Mehrheit, auch mit den Stimmen solcher Herren, die in der prinzipiellen Frage sich ablehnend verhielten, so wollte damit in keiner Weise gesagt werden, daß diese Herren der Errichtung eines 4. Ministeriums zustimmen. Das wurde zum Ueberfluß noch ausdrücklich betont und von mir auch im Schooße der Budgetkommission festgestellt. Damals habe ich nur, damit nicht die Abstimmung etwa zu Schlußfolgerungen sollte ausgebeutet werden, wie sie heute der Herr Vorsitzende der Budgetkommission gemacht hat, fortgesetzt mit Nein gestimmt. Ich habe ausdrücklich bemerkt: Da könnte auch unser Einer mit Ja stimmen, er würde sich in keiner Weise vergehen. Wenn nach dieser veränderten formellen Behandlung die Sache noch einmal berathen wurde, wenn sie dann so behandelt wurde, wie wenn die prinzipielle Frage nicht durch einen Mehrheitsbeschluß gelöst gewesen wäre, so hat uns der Herr Vorredner heute schließlich die Erklärung gegeben: es war die Hoffnung auf Verständigung.

Ja! wenn der ganz gerade Weg, wie er bisher gegangen war, weiter eingehalten werden wollte, dann müßte man sagen: In der principiellen Frage ist keine Hoffnung auf Verständigung mehr; denn da liegt die Abstimmung vor, welche das Ergebniß hatte, daß die nationalliberalen Mitglieder in der Zahl von 9 einstimmig für Annahme waren, die andere für Ablehnung — einen ausgenommen, der sich der Abstimmung entzieht. Das ist der Sachverhalt. Es ist nicht richtig, daß dann unversehens nach Neujahr ein anderer Wind in der Kommission wehte. Richtig ist nur, daß der erwartete andere Wind nicht eintrat. Richtig ist, daß nicht mit dieser Ausführlichkeit, wie es sich dann im Gang der Debatte, wo ein Wort das andere hervorrief, gewissermaßen von selbst ergeben hat, die zweite Seite der Frage betont wurde. Sie hatte aber von Anfang an für uns zwei Seiten. Erstens handelte es sich um die Frage der sachlichen Nothwendigkeit, und da waren wir nicht ganz einmüthig — nicht ganz: 4 von uns, 6 von dieser Seite des Hauses haben von Anfang an fest und bestimmt gesagt, unter sich und in der Kommission durch ihren Sprecher: Die Organisationsänderung entspricht nicht einem sachlichen Bedürfniß, ist nicht nothwendig. Ein fünftes Mitglied war wankend und ein sechstes hat gesagt: ich will einmal hören, was der Vertreter der Regierung sagt, und darnach meine Meinung bilden und ob es nützlich ist oder nicht und dieses sechste Mitglied hat, nachdem der Herr Staatsminister sich das erste Mal in der Kommission ausgesprochen hatte, ausdrücklich gesagt: ich bin durch die Erklärung des Herrn Staatsministers nicht überzeugt von der Nothwendigkeit. Ich denke der Herr Vorstand der Budgetkommission wird sich daran erinnern. Es war damals keineswegs ein anderer Wind, der durch uns in die Budgetkommission hineingetragen wurde, sondern es war nur das Ausbleiben eines andern Windes, den man erwartet hatte.

Nun, meine Herren, ist seitens des Herrn Vorredners die Sache als eine sehr wichtige bezeichnet worden, das war für ihn der Anlaß, daß er den Mitgliedern der Kommission die neue Vorlage nach Hause in die Ferien schickte, damit sie sich an das genaue Studium machten. Vielleicht erinnert sich der Herr Vorstand der Budgetkommission, daß wir vor den Ferien so von anders uns verständigt hatten. Meinerseits wurden Bedenken dagegen geltend gemacht, daß die Budgetkommission, die wichtigste von allen, in Abwesenheit der Mehrzahl der Abgeordneten tagt. Ich habe gesagt, es sei das aus verschiedenen Gründen nicht sachdienlich, es fördere die Angelegenheit weniger: es gebe namentlich gewisse Gegenstände der Berathung, welche die einzelnen Mitglieder in Fühlung mit ihren politischen Freunden behandeln wollen und die Nichtmitglieder der Kommission hätten ein Recht darauf, dem Gang der Berathung folgen zu können. Diese Bedenken wurden zerstreut dadurch, daß man sagte — zu meiner Befriedigung. — Nun, man kann ja den Berathungsstoff darnach auswählen. Besonders wichtige Dinge, bei denen die verschiedenen Meinungen auf einander platzen können, bei denen verschiedene Parteistandpunkte zur Geltung kommen können, die legt man zurück bis nach den Ferien. Wenn nun nach der Ansicht des Herrn Vorsitzenden diese Sache so außerordentlich wichtig wäre, hätte er sich an dieses Uebereinkommen von anders erinnern sollen.

Friderich: Ist ja geschehen; nach dem Wiederzusammentritt haben wir erst unsere Beschlüsse gefaßt.

Wacker: Aber wir waren allein von der Kommission, das wird der Herr Vorsitzende derselben noch wissen.

Der Herr Vorredner hat so sehr eine Erklärung betont, welche abgegeben worden ist und daß es sonst nicht Gepflogenheit der Kommission sei, die Sache so zu behandeln. Ja, er hat einen wesentlichen Punkt übersehen: einmal war es die Erklärung eines einzigen Mitgliedes und wenn sie auch so ziemlich den Wortlaut hatte, den der Herr Vorsitzende der Kommission erwähnte, so hatte sie doch im Zusammenhang mit dem, was vorausgegangen war, eine etwas andere Tendenz.

Das ist Eines. Dann ein Anderes: er hätte nicht übersehen sollen, daß sofort ein anderes Mitglied dieser Seite des Hauses eine andere Erklärung abgab — die Erklärung nämlich, daß dieses letztere Mitglied auf diesem Standpunkt nicht stehe; daß es die vorwürfige Angelegenheit außer Zusammenhang mit kirchenpolitischen Fragen und deren Behandlung durch die Großh. Regierung beurtheile und behandle.

2. Zurückweisung des Einwandes des Staatsministers Turban, der Kultusminister sei nicht anwesend.

Nun, meine Herren, komme ich auf das, was der Herr Staatsminister, da von kirchenpolitischen Dingen die Rede war, geltend gemacht, es sei der betreffende Ressortminister nicht da. Dafür können wir nichts. Als die Sache in der Kommission — allerdings mit ganz anderen Erwartungen der großh. Regierung, als sie dann in Erfüllung gingen — endgiltig erledigt wurde, war nicht blos dieser Ressortminister zugegen, sondern auch alle anderen. Jenes Kommen des Herrn Staatsministers war in meinen Augen zwecklos, wir waren auch nicht schuld daran. Indessen ist er in Begleitung aller anderen Minister gekommen und wie er selbst das Wort ergriffen hat, so haben auch alle anderen es ergriffen.

Sodann haben wir heute den Bericht vor uns, worin es heißt, daß die Sache als eine das ganze Ministerium betreffende behandelt werde. Da wäre gewiß schon unter diesem Gesichtspunkt mehr als genug Anlaß gegeben gewesen, daß der betreffende Ressort-Minister gekommen wäre. Wenn wir also in seiner Abwesenheit über die erwähnten Dinge sprechen müssen, so liegt die Schuld nicht an uns.

Es macht dies übrigens durchaus nichts. So weit die betreffenden Dinge hier zur Sprache kommen, berühren sie nicht bloß den Ressort-Minister, sondern auch den Herrn Staatsminister. Den Herrn Staatsminister sogar ungleich mehr, denn der Herr Ressortminister macht keine Kirchenpolitik ohne den Herrn Staatsminister; dagegen kann es vorkommen, daß der Herr Ressortminister die Kirchenpolitik macht, die nicht er will, sondern der Herr Staatsminister. Ich kann also nicht gelten lassen, daß der erhobene Einwand berechtigt wäre. Ohnehin hat ja mein Vorredner von dieser Seite des Hauses Einiges berührt, worüber gerade der Herr Staatsminister am besten Aufschluß geben kann und worüber er auch schon gesprochen hat, ohne daß ich aber gelten lassen kann, daß es der erwünschte Aufschluß war.

3. Wie das Centrum die Stellung der Minister beurtheilt.

Der Herr Staatsminister und in Uebereinstimmung damit der Herr Abg. Friderich hat uns auf den Weg des Mißtrauensvotums hingewiesen; das sei der richtige Weg, wir sollten uns nicht an eine einzelne Budgetposition anklammern.

Meine Herren! Es ist uns nicht um ein Mißtrauensvotum zu thun. Die Frage liegt vielmehr so, daß wir in einer Sache, von der wir überzeugt sind, daß die betreffende Anforderung der Regierung einem thatsächlichen Bedürfnisse nicht entspricht, dem Ministerium unmöglich ein Vertrauensvotum geben können. Wir beschäftigen uns nicht mit Mißtrauens-Voten. Nicht unter diesem Titel haben wir diese Budget-Anforderung nicht bewilligt. Auf jener Seite des Hauses dagegen kennt man diese Praxis. Wir haben sie nicht geübt und ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich sage: wir werden sie auch in Zukunft nicht üben. Für uns sind die Minister die von der Krone berufenen Räthe der Krone. So lange der Minister das Vertrauen der Krone hat, stehen wir vor einer Thatsache, an der wir nicht rütteln können und nicht rütteln wollen. Eine andere Frage aber ist es, ob diese Räthe, welche das Vertrauen der Krone haben, auch ausgesprochen bekommen, daß sie in gleicher Weise auch unser Vertrauen haben. Nun, meine Herren, da ist ein staatsbürgerliches, von der Verfassung garantirtes Recht in Frage, mit dessen Ausübung man in keiner Weise Front gegen die Krone macht. Kein Mensch hat das Recht, mir da entgegenzutreten und zu sagen: was willst Du einem Minister Dein Vertrauen versagen, wenn er das Vertrauen des Landesherrn hat?

4. Wie das Centrum die Anforderung der Geldmittel für einen vierten Ministerialpräsidenten beurtheilt.

Wenn wir andere Positionen bewilligen — und wenn ihre Zahl auch noch größer wäre als der Herr Vorredner angedeutet hat —, so bewilligen wir sie nicht, weil der Minister sie verlangt, sondern weil wir die Ueberzeugung haben, daß sie nothwendig sind. Und was sachlich nothwendig ist, das ist von unserer Seite zu jeder Zeit bewilligt worden und wird jeder Zeit einem jeglichen Ministerium bewilligt werden.

Von dieser Position haben wir aber eine andere Meinung, von der weder die Erklärung, welche der Herr Staatsminister in der Kommission gegeben hat, noch die heutige uns abbringen kann. Wir haben von der Sache eine ganz andere Ansicht, eine ganz andere Ueberzeugung. In unseren Augen handelt es sich nicht um ein Landes- und Staatsinteresse; in unseren Augen handelt es sich nicht um ein Bedürfniß der Staatsverwaltung; in unseren Augen ist es lediglich ein persönliches Interesse zweier Herren Minister. In unseren Augen liegt die Sache so, daß es sich bei dieser Frage darum handelt, einen der bisherigen Minister — wenn er auch nicht als Ministerialpräsident bisher neben seinen anderen Kollegen war — einen dieser Minister in seinen Rang- und namentlich in seinen Gehaltsverhältnissen besser zu stellen, gleich den anderen Kollegen im Staatsrath; und einen anderen Minister, der gesagt hat: mir ist bei der Zahl meiner Jahre die Last der Geschäfte zu groß geworden, zu ermöglichen, weiter im Amte zu verbleiben, ohne die Last, die früher auf ihm gelegen hat, noch ferner auf seinen Schultern zu lassen.

5. Friderich und Gönner über die Organisationsänderung der Ministerien im Jahre 1881 und was in Wahrheit davon zu halten ist.

Nun, meine Herren, hat der Herr Vorredner (Friderich) die anderen Organisationsänderung in den Ministerien erwähnt, die vor nahezu 11 Jahren vorgenommen wurde und er hat gesagt, damals schon habe er die Ueberzeugung gehabt — er bestätigt es durch Nicken — daß das kein glücklicher Plan war. Ich darf es wohl sagen, daß einer der Herren Minister, der Herr Finanzminister, derselbe Erklärung für sich in der Kommissionsberathung abgegeben hat. Nun, warum hat man aber damals nichts von diesen Ueberzeugungen gemerkt? Warum hat der Herr Abg. Friderich, der doch sonst den Vertretern der Ministerien sachlich und persönlich nahe genug steht, in keiner Weise den Versuch gemacht, eine andere Meinung herbeizuführen? Und warum hat der Herr Finanzminister in keiner Weise den Versuch gemacht, mit seiner Ueberzeugung durchzudringen? Der Herr Finanzminister muß doch mit seiner Ansicht in solchen Fragen ein schweres Gewicht für sich in Anspruch nehmen können. Und ich frage weiter: warum hat man auch bei den Kammerverhandlungen des Spätjahres 1881 nicht mit einem Wort Etwas von diesen Bedenken der Herren Friderich und Gönner gehört? Warum hört man erst jetzt davon, wo es sich darum handelt, die Geldmittel zu bewilligen, um aus den damaligen drei wieder vier Ministerien zu machen? Nun Herr Friderich hat erwähnt, daß zwei Herren, ohne daß er die Namen derselben nennt, ihm privatim etwas mitgetheilt haben. Das legitimirt mich, auch meinerseits eine Mittheilung zu machen — und ich will auch den Namen nicht nennen — die mir damals geworden ist. Als der Landtag wieder beisammen war, sprach ich mich mit einem sehr hervorragenden Mitglied jener Seite darüber aus; und da sagte mir dieses sehr hervorragende Mitglied: Ja nun! der eine von den Ministern, der auf dem Wege der Vereinfachung und unter dem Titel der Vereinfachung zurückgetreten sei, habe erwartet, er werde nachher den Auftrag zur Neubildung des Ministeriums bekommen und diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen. Ich bin fest überzeugt, ich werde mich gleich deutlicher aussprechen.

Fieser: Ich verstehe schon.

Wacker: Damals hat dieses hervorragende Mitglied jener Seite des Hauses die Ueberzeugung gehabt, daß diese Vereinfachung von vier auf drei Ministerien etwas ganz Ausgezeichnetes sei, wenn er auch im Jahre 1891 und 1892 der Meinung ist, es sei etwas verfehltes. Ich will mich deutlicher aussprechen: Wir sind der festen Ueberzeugung, daß es auch heute eine rein persönliche Angelegenheit nicht aller Minister, sondern zweier Minister ist, wie es im Jahre 1881 eine persönliche Frage war. Allerdings ist noch eine andere daneben, die aber mit den Interessen des Ministerdienstes weniger zu thun hat. Es ist eine persönliche Angelegenheit, ein persönlicher Grund, aus dem damals die Vereinfachung stattgefunden hat, und es ist noch ein anderes Interesse, und das ist das Interesse der nationalliberalen Partei.

Damals ist die Vereinfachung gemacht worden, um die Strömung nach rechts hin einzudämmen, um dem richtigen Nationalliberalismus und seinen Idealen wieder auf die Beine zu helfen, damit er in dem ungestörten Besitz der Macht im Lande bliebe.

Nun wollen wir uns nicht dazu hergeben — ich habe keinen Auftrag, das Namens der Fraktion zu erklären, aber ich glaube, es entspricht der Ueberzeugung meiner näheren Freunde — jedenfalls ist es mein Standpunkt, ich kann mich nicht dazu hergeben, nachdem wir es das erste Mal hinnehmen mußten und hinnehmen wollten, weil wir sparen wollten, auch das zweite Mal mitzumachen und zwar mit Geldbewilligung.

6. Das Ministerium hat die Kabinetsfrage gestellt, was die Zustimmung zur Anforderung unmöglich macht.

Das kann ich um so weniger, als ja das Ministerium selbst in der ausdrücklichsten und feierlichsten Form aus dieser Sache eine Kabinetsfrage gemacht hat. Der Herr Staatsminister hat in der Kommission daraus kein Hehl gemacht, er hat heute die Erklärung nicht wiederholt, vielleicht thut er es noch und nachher haben andere Minister ähnliche Erklärungen abgegeben, daß die Ablehnung dieser Forderung gleichbedeutend wäre und für ihn die Folge hätte, daß er nicht mehr länger im Amte bleiben könnte. Die anderen Minister haben in bündigster Form die Erklärung abgegeben, daß keiner von ihnen im Stande wäre, irgend Etwas zu den bisherigen Geschäften noch hinzunehmen. Sie haben in feierlichster Form erklärt: keiner von ihnen wäre im Stande, neben seinem Ressort auch noch das Staatsministerium, wie es bisher üblich war, zu übernehmen. Mit anderen Worten: wenn diese Forderung abgelehnt würde, woran ja bei dieser Zusammensetzung des Hauses nicht zu denken ist, und die Regierung auf den bisherigen Stand mit drei Ministerien zurückgeworfen würde, der Träger eines Ministeriums zugleich Staatsminister wäre, dann könnte die Neubildung des Ministeriums von keinem der bisherigen Minister übernommen werden. So haben sie sich erklärt.

Wenn nun bei einer Anforderung, die nach meiner Ueberzeugung einem sachlichen Bedürfnisse nicht entspricht, die Herren Minister die Frage so stellen, dann ist es mir rein unmöglich gemacht, mich auf eine Diskussion einzulassen, noch weniger aber, der Sache zuzustimmen.

7. Die politischen Gründe für die Ablehnung der Anforderung durch das Centrum liegen auf der Hand.

Es ist die politische Seite erwähnt worden. Wenn ich nun auch darauf zurückkomme, so wiederhole ich, daß dies für uns von Anfang an nur eine Seite der Frage war. Wenn wir uns hätten davon überzeugen können, daß die Errichtung eines vierten Ministeriums geradezu eine Nothwendigkeit ist und einem sachlichen Bedürfnisse entspricht, wie etwa beim Oberlandesgericht die Errichtung weiterer Stellen nothwendig werden kann u. s. w., dann wären die politischen Erwägungen auch für meine Person in den Hintergrund getreten, dann würde ich auch dem Herrn Minister Eisenlohr und dem Herrn Staatsminister die Geldmittel nicht versagen. Ich glaube, das ist deutlich gesprochen. Da aber die Sache so liegt, so kann ich als Politiker diesem Ministerium kein Vertrauensvotum geben. Ich sage: Nein! Und ich meine: Die Gründe, die diesem „Nein" unterliegen, sollten für jeden politisch unterrichteten und geschulten Mann klar sein, so daß jede Erörterung derselben gegenstandslos wäre. Auch der Herr Staatsminister selbst sollte darüber keinen Augenblick zweifelhaft sein.

Sie täuschen sich, m. H., wenn Sie glauben, diese politischen Gründe seien nur kirchenpolitischer Art; Sie täuschen sich, wenn Sie meinen — wenigstens was meine Person betrifft — wenn Sie also glauben, die kirchenpolitischen wären die Hauptsache. Nein! Die speciell politischen kommen bei mir zuerst; und wenn ich auch in kirchenpolitischer Beziehung keine Wünsche und Anstände hätte, dann würden — so, wie die Sache liegt — die speciell politischen mich unmöglich zu einem „Ja" bringen können. (Schluß folgt.)

Wochenrundschau.

(Schluß.)

In der bayerischen Abgeordnetenkammer wurde am Dienstag von dem Centrumsabgeordneten von Soden angefragt, wie es mit dem Antrage der bayerischen Regierung im Bundesrathe wegen Wiederzulassung der Redemptoristen stehe. Der Kultusminister v. Müller erklärte, die Regierung sei der festgegründeten Ansicht, daß die Redemptoristen mit den Jesuiten nicht verwandt seien. Die Frage sei bisher im Bundesrathe nur vertraulich behandelt worden, deshalb könne er keine Auskunft über den Stand der Dinge geben. Die Regierung gebe aber die Hoffnung nicht auf, daß die Frage in nicht allzu ferner Zeit günstig gelöst werde. Hoffentlich hüft auch die bayerische Regierung ein wenig nach und verlegt sich nicht lediglich aufs Abwarten.

Der Kaiser vollendete am Mittwoch sein 33. Lebensjahr. In dreieinhalbjähriger Regierungzeit hat er bereits eine Reihe hochwichtiger Ereignisse auf dem Gebiete der innern und äußern Politik zu verzeichnen, an denen er hervorragenden oder entscheidenden Antheil hat. Immer hat er sich als ein von seinen Regentenpflichten und von seiner Verantwortlichkeit vor Gott tief durchdrungener Monarch von großer Begabung und Thatkraft erwiesen. Wir Katholiken haben dankbar anzuerkennen, daß er unparteiisch und mit Wohlwollen auch über unsern Rechten wacht und unsern Bedürfnissen und Wünschen entgegenzukommen bestrebt ist. Er hat sich wiederholt gegen die Bevorzugung einzelner Parteien, Stände ꝛc. ausgesprochen und zur gemeinsamen Arbeit aufgefordert. Dazu waren die Katholiken stets am ehesten und freudigsten bereit und sie bitten Gott, daß es dem Kaiser gelingen möge, in langer und segensreicher Regierung die großen Aufgaben der Zeit, die er so klar erkannt hat und denen er sich mit unermüdlichem Eifer widmet, zu lösen.

Der hl. Vater ist von seiner Erkältung, die natürlich von der kirchenfeindlichen Presse zu einem gefährlichen Influenza-Anfall aufgebauscht worden war, vollständig wiederhergestellt. Er ertheilt wieder die üblichen Audienzen und celebrirt täglich die hl. Messe. Die Liberalen aller Länder haben also wieder einmal vergeblich auf das Hinscheiden des Statthalters Christi und daraus für die Kirche drohende Gefahren spekulirt. Möge Gott uns noch recht lange unseren ebenso weisen wie standhaften Oberhirten auf dem Stuhle des hl. Petrus erhalten. Aber auch, wenn einst der Herr über Leben und Tod seinen treuen Diener Leo XIII. abberufen wird, werden die Hoffnungen der Feinde unserer hl. Kirche zu Schanden werden; denn uns ist die Verheißung gegeben, die durch 2 Jahrtausende sich bewährt hat: die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen!

Auch in Frankreich haben die Kulturkämpfer eine schöne Hoffnung begraben müssen. Man träumte schon von einem Abfall der französischen Katholiken vom hl. Stuhle, weil der hl. Vater wünschte, sie möchten die republikanische Regierungsform anerkennen und auf die Wiederherstellung der Monarchie verzichten, um dann in der Republik desto wirksamer den Rechten der Kirche Geltung verschaffen zu können. Man hoffte, die Katholiken und ihre Oberhirten in Frankreich würden diesem weisen päpstlichen Wunsche sich widersetzen. Doch es kam anders; die Kardinal-Erzbischöfe Frankreichs ließen von allen französischen Kanzeln die Katholiken auffordern, die Republik anzuerkennen und durch allgemeine Betheiligung an den Wahlen und am politischen Leben für die von den herrschenden Parteien mit Füßen getretenen Rechte der Kirche nachdrücklich einzutreten. Kardinal Lavigerie, der als Erzbischof von Algier und Primas von Afrika nicht unmittelbar an diesem Schritte betheiligt war, hat dennoch keinen Zweifel darüber gelassen, daß er mit dem Vorgehen der fünf anderen Kardinal-Erzbischöfe vollständig einverstanden ist. In einem an den Kardinal Desprez gerichteten Schreiben hat er seine volle Zustimmung zu jener Aufforderung an die Gläubigen kundgegeben. Möge diese Einmüthigkeit ihrer Oberhirten den französischen Katholiken zum Vorbild dienen; dann wird auch in dem katholischen, aber jetzt von Gottesläugnern, Freimaurern und Juden regierten Frankreich die Zeit kommen, wo die Macht der Kulturkämpfer hinsinkt vor der siegenden Macht des Kreuzes!

In England hat die Regierungspartei, die aus den „Konservativen" und den von Gladstone abtrünnigen Liberalen besteht, wiederum einen Stoß erlitten, der geradezu Bestürzung in ihre Reihen getragen hat. Der Führer der Abtrünnigen, der Marquis von Hartington, mußte an Stelle seines verstorbenen Vaters, des Herzogs von Devonshire, als Pair ins Oberhaus eintreten. Den dadurch freigewordenen Sitz im Unterhause haben in der Nachwahl die Anhänger Gladstones mit großer Mehrheit erobert. Nachdem nun fast alle die zahlreichen Nachwahlen, die seit den letzten allgemeinen Wahlen nothwendig geworden sind, zu Gunsten der Gladstoneaner ausgefallen sind, können diese sich wohl mit Recht darauf berufen, daß die Mehrheit des Volkes von der jetzigen Regierung nichts mehr wissen will. Sie wollen daher auch nach Wiedereröffnung des Parlaments die Auflösung desselben verlangen, damit das Volk Gelegenheit erhalte, in allgemeinen Wahlen seinen Willen kundzugeben.

Das arme Portugal scheint nahe vor dem Bankerott zu stehen. Dabei will das neue Ministerium sein an sich lobenswerthes Sparsamkeitsprogramm anscheinend am falschen Ende zur Ausführung bringen. Den Beamten sollen, wie es heißt, die Gehälter beschnitten, die öffentlichen Bauten sollen unterbrochen und der Accis erhöht werden. Diese Maßnahmen werden wohl große Unzufriedenheit erregen und dadurch auch dieses Ministerium bald wieder zu Fall bringen.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben wieder einmal das Bedürfniß gefühlt, gegen Chile mit dem Säbel zu rasseln. Der Staatssekretär Blaine, der dadurch wohl seine Befähigung zum Kandidaten für die demnächstige Präsidenten-Wahl darthun will, hat an den südamerikanischen Staat ein Ultimatum, ein „letztes Wort," gerichtet, in welchem er Genugthuung für die angeblich beleidigende Depesche des früheren chilenischen Ministers Matta verlangt. Die Beleidigung besteht darin, daß Matta den amerikanischen Gesandten in Chile, Egan, ein übelbeleumundetes Subjekt, als „nicht ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nehm" bezeichnete. Trotzdem Chile unzweifelhaft im Rechte ist, will es, wie gemeldet wird, doch um des lieben Friedens willen, und da es im eigenen Lande noch genug Schwierigkeiten hat, nachgeben und sich entschuldigen. Ob aber Herrn Blaine's Aussichten für die Präsidentschaftswahl damit steigen, erscheint noch sehr fraglich. Die Amerikaner thun gut, ihn nicht zu wählen — wenn sie klug sind.

Deutschland.

Berlin, 31. Januar.

Die Auswechslung der Ratifikationen zu den Handels- und Zollverträgen Deutschlands mit Belgien und der Schweiz vom 6. Dezember bezw. 10. Dezember fand heute im Auswärtigen Amte statt.

— Nach der „Voss. Zeitung" meldet ein Brief aus Ostafrika, Emin Pascha sei in Wadelai eingetroffen.

— Das preußische Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Volksschulgesetzes fort. Abg. Stöcker wies darauf hin, daß die Debatten sonst nur drei Tage zu dauern pflegten, wie die Schlacht bei Leipzig; die jetzige Redeschlacht dauere aber bereits eine Woche, wie die Hunnenschlacht, wobei die Geister des Nachts weiter gekämpft hätten. Auch die jetzige Debatte sei ein Geisterkampf geworden. Redner trat nochmals den Nationalliberalen und Freisinnigen entgegen und führte ihnen zu Gemüthe, daß das Centrum durch die Annahme des Gesetzes eine schonende Staatsaufsicht über den Religionsunterricht als mit dem Wesen der katholischen Kirche vereinbar erkläre, womit der Schulkampf nach dieser Richtung hin im Wesentlichen beendigt sei. Der Schulkampf der Nationalliberalen werde am gesunden Sinne des christlichen Volkes scheitern. (Beifall rechts.)

Abg. Knörcke (dfr.) meinte, es handele sich nicht um Atheismus oder Christenthum, sondern um die modern-altkirchliche Anschauung. Durch die Freigebung der Privatschulen werde die Volksschule zur Armenschule herabgedrückt. (Widerspruch im Centrum.) „Die Freiheit, die Sie meinen, ist nicht die Freiheit, die ich meine." (Heiterkeit im Centrum.) Das Volksschulgesetz sei ein Gesetz gegen die Socialdemokratie, an deren Spitze Leute stehen, welche katholisch erzogen seien. (Rufe im Centrum: Lassalle! Singer! Marx!) Das Gesetz werde aber sicher einen großen Lehrermangel herbeiführen. (Beifall links.)

Graf v. Caprivi trat dem Vorredner entgegen. Mit der letzten Instanz im Entscheidungskampfe zwischen Atheismus und Christenthum habe er weder die Freisinnige noch die nationalliberale Partei gemeint. v. Caprivi will die geschichtlichen Beziehungen zwischen Staat und Kirche aufrechthalten. Er betonte unter dem Hinweis auf seine persönliche Kenntniß des Lebens der Werftarbeiter-Familien die Nothwendigkeit der religiösen Unterweisung der Kinder in der Volksschule; wenn auch in einem entscheidenden Augenblicke des Lebens von 60 Kindern nur eines sich erinnere, daß es einen Gott gebe, schicke er die 60 Kinder in den Religionsunterricht. Er wolle die scharfen Worte Friedberg's nicht gleich scharf beantworten; er sei nie als Giftmischer betrachtet worden. (Heiterkeit.) Die Nationalliberalen hätten kein verfassungsmäßiges Recht, niemals überstimmt zu werden; aber sie wollten die Regierung malträtiren und von ihrer Ueberzeugung abdrängen. Die Regierung wolle sich mit den Nationalliberalen nicht überwerfen und halte auch heute das Schicksal des so umfassenden Gesetzes noch nicht für entschieden, zumal auch das Herrenhaus in Betracht komme. Die Nationalliberalen hätten aber von vornherein einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt eingenommen, wofür Caprivi auf den Artikel des „Hannov. Courr." sich berief, welcher gegen den „dunkelmännischen Geist des ganzen Gesetzes" zum entschlossenen Widerstand aufgerufen habe. Caprivi lud schließlich nochmals die Nationalliberalen zur Mitwirkung ein. Die Regierung sei überzeugt, daß in der Vorlage eine Menge Dinge vorhanden seien, worüber sich reden lasse. Die Nationalliberalen sollten nur die übrigen Parteien überzeugen. Er nehme den guten Willen der Nationalliberalen, welchen, der „National-Zeitung" zufolge, gestern Professor Friedberg kundgegeben habe, an, wäre aber noch mehr erfreut, wenn die „große liberale Partei" eine Seifenblase sei, welche bereits verflogen. (Beifall rechts.)

Abg. Friedberg bezeichnete die große liberale Partei als eine unzutreffende Kombination. Der betr. Artikel der „Köln. Ztg." sei für die National-Liberalen nicht maßgebend. Auch die Rede Bennigsen's im Reichstage habe diesen Sinn nicht gehabt. Redner erinnerte an das frühere Zusammengehen der Nationalliberalen mit der Regierung und wünschte auch jetzt ein Gesetz vermieden zu sehen, welches die Parteien auseinanderführe. Die schroffe Stellungnahme der Regierung majorisirte thatsächlich die Nationalliberalen; er wolle aber bei der versöhnlichen Haltung Caprivi's keinen Mißton erregen und nur konstatiren, daß erst die Rede des Abg. v. Buch ihnen die Hoffnung auf Anwendung abgeschnitten habe.

Auch Abg. Rickert konstatirte den freundlicheren Ton in der Rede Caprivi's gegen gestern, bekämpfte aber nach wie vor das Gesetz. Graf v. Caprivi erwiderte, aus dem Tone dürfe man auf eine grundsätzliche Aenderung seiner Stellung zum Gesetz nicht schließen, sie sei dieselbe, wie sie gestern gewesen und morgen sein werde. Er habe sich nur davon überzeugt, daß es mit der großen liberalen Partei nichts sei. Der Entwurf wurde an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Ausland.

Wien, 31. Jan. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht den Handels- und Zollvertrag sowie das Viehseuchen- und Musterschutz-Uebereinkommen mit Deutschland, die Handels- und Schifffahrtsverträge mit Italien und Belgien, den Handelsvertrag mit der Schweiz und die Ministerialverordnung betreffend die Durchführung dieser Verträge, endlich die Kundmachung wegen Herausgabe des neuen statistischen Waarenverzeichnisses für den auswärtigen Handel.

Die Ministerialverordnung gestattet die Wiederausfuhr galizischen Borstenviehs über die Auslandsgrenze.

Pest, 30. Jan. Von bisherigen 375 Wahlen waren bis Vormittag 366 Resultate bekannt geworden. Gewählt sind: 212 Liberale, 73 Unabhängige, 61 Nationale, 13 Ugronisten, 3 Parteilose. Drei Stichwahlen sind erforderlich; ein Wahlakt wurde unterbrochen. Die Liberalen verloren 42 und gewannen 27 Bezirke. Heute finden 12 Wahlen statt. — Bei den gestrigen Wahlen in Banffyhunyad (Siebenbürgen), wo der Candidat der Liberalen gegenüber dem Unabhängigen in großem Vortheile war, stürmte die Unabhängigkeitspartei das Wahllokal und zerriß die Wahldokumente. Der Wahlpräsident und mehrere Anwesende wurden verwundet. Die Gendarmerie gebrauchte die Waffe. Drei Personen wurden getödtet, eine verwundet. Die Wahl wurde unterbrochen, Militär trieb die Volksmenge auseinander.

Die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Serbien verlaufen günstig. Ueber die Viehseuchen-Konvention, bei welcher die größten Schwierigkeiten befürchtet wurden, ist eine Einigung bereits erzielt.

Paris, 30. Jan. Eine gestern Abend eingelaufene Depesche des spanischen Ministerpräsidenten zeigt den Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Spanien und Frankreich an.

Brüssel, 30. Jan. Im Senat wurde der Handelsvertrag mit Deutschland mit 39 gegen 4 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Baron Descamps brachte im Senat ein Gesetz auf Aufhebung der Spielsäle in Ostende, Spaa und Namur ein.

Petersburg, 30. Jan. Für die ersten 10 Monate 1891 betrugen die Reichseinnahmen 728,235,000 Rubel 37,020,000 weniger als 1890, die Reichsausgaben 825,830,000 gegen 798,618,000 des Vorjahres.

Rom, 30. Jan. Die Regierung machte der Schweiz bei den Handelsvertragsverhandlungen ein letztes Zugeständniß; Sollte dies nicht zum Ziele führen, dann werden die Verhandlungen abgebrochen.

Lissabon, 30. Jan. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Brief des Königs, worin er erklärt, angesichts der gegenwärtigen Lage des Landes, welche allen Opfern auferlege, überweise er den fünften Theil der Civilliste zu Gunsten des Staatsschatzes.

Washington, 30. Jan. Die demokratische Majorität der Finanzkommission beschloß, den Mac Kinleytarif durch verschiedene Bills theilweise wirkungslos zu machen.

In den chilenischen Kammern wurde gestern die Depesche des Gesandten in Washington verlesen, in der die Beendigung der amerikanisch-chilenischen Krisis bestätigt wird. Von hier wird gemeldet, der Gesandte Egan sei angewiesen, die chilenische Regierung zu benachrichtigen, daß ihre Note zufriedenstellend sei und daß der Vorfall durch eine Salutirung der amerikanischen Flagge als geschlossen erachtet werden könne.

Rio de Janeiro, 30. Jan. Ein neuerlicher Versuch, den Gouverneur der Provinz Sao Paulo abzusetzen, ist gescheitert.

Kairo, 30. Jan. Der Khedive eröffnete die Gesetzgebende Versammlung mit einer Ansprache, worin er erklärte, es werde sein eifrigstes Bestreben sein, die Arbeit seines Vaters fortzusetzen. Die Patentsteuer solle aufgehoben, die Salzsteuer ermäßigt werden. Den Betrag von 150,000 Pfd. Sterling jährlich, welcher aus der letzten Konversion herrühre und bisher in der Staatsschuldenkasse verblieben sei, würde bis 1895 vom Staatsschatze verwandt werden.

Deutscher Reichstag.

C.P.O. **Berlin,** 30. Januar.

Der Reichstag genehmigte heute zunächst in zweiter Lesung den 4. Nachtragsetat nebst einer Anleihe zu Marinezwecken. Zu einer Debatte gab nur die Forderung von 1,000,000 Mark als 1. Rate zur Befestigung Helgolands Veranlassung. Der Abg. Richter (dfr.) sprach die Hoffnung aus, daß der Befestigung Helgolands eine Einschränkung der Schiffsbauten gestatten werde.

Die Vertreter des Reichs-Marineamts, Vizeadmiral Hollmann und Kapitän Bichsen, erklärten aber, daß die Befestigung eine direkte Entlassung der Flotte nicht herbeiführen könne; Helgoland habe für uns nur den indirekten Werth, daß nicht mehr andere Mächte es als Stützpunkt gegen uns gebrauchen können. Die Forderung wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen; nur die Socialdemokraten stimmten dagegen.

Zu einer viel längeren Diskussion gab der zweite Gegenstand der Tagesordnung, eine allerdings nicht sehr einfache Rechnungssache, Veranlassung. Der Reichshaushalt von 1884/85 enthält einige Ausgabeposten für militärische Zwecke auf Grund von Allerhöchsten Ordres, die der Gegenzeichnung des Reichskanzlers entbehren, aber die Gegenzeichnung des preußischen Kriegsministers tragen. Die Rechnungskommission des Reichstages war nun in früheren Jahren der Ansicht, daß letztere zur Justifikation nicht ausreiche, und hatte deshalb nur mit Vorbehalten Entlastung ertheilt. Die Kommission beantragte nun in diesem Jahre, die früheren Vorbehalte fallen zu lassen und nachträglich Entlastung zu ertheilen. Von freisinniger Seite, insbesondere von den Abgg. v. Meyer und Rickert wurde dagegen geltend gemacht, daß der Reichstag sich nur an den Reichskanzler halten könne, der deshalb unter allen Umständen durch seine Gegenzeichnung die Verantwortung für alle kaiserlichen Erlasse auf sich nehmen müsse. Man möge die Sache an die Kommission zurückverweisen.

Der Abg. Dr. Bachem (Centr.) erklärte ebenfalls principiell die Auffassung der Regierung nicht billigen zu können; die preußische Kontingentsverwaltung sei nicht berechtigt, Reichsgelder für ihre Zwecke zu verwenden. Doch sei es angezeigt, die Sache endlich einmal aus der Welt zu schaffen und deshalb den Kommissionsantrag anzunehmen. Bei den folgenden Rechnungen möge dann der Reichstag durch Resolutionen seinen prinzipiellen Standpunkt wahren.

Der ebenfalls dem Centrum angehörige Abg. Gröber war der Ansicht, daß der Standpunkt der Regierung formell unanfechtbar sei; der preußische Kriegsminister habe die Verantwortung übernommen, er sei aber nicht dem deutschen Reichstage Rechenschaft schuldig.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Bosse betonte, daß die Schwierigkeit der Frage auf der eigenthümlichen Stellung des preußischen Kriegsministers beruhe. Es liege der Regierung durchaus fern, den Reichstag in seinem Rechte der Decharge zu verkürzen.

Der konservative Abg. v. Helldorf sprach sich im Sinne des Abg. Dr. Bachem, der nat.-lib. Abg. Dr. Pieschel für Rückverweisung an die Kommission aus. Zu einer Entscheidung kam es indessen nicht, da sich, als mittels Hammelsprungs über einen Vertagungsantrag des Abg. Rickert, der damit eine Entscheidung vereiteln wollte, abgestimmt wurde, die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausstellte; es waren nur 108 Mitglieder anwesend. Die nächste Sitzung werde darauf, weil Dienstag katholischer Feiertag ist, auf Mittwoch anberaumt. Auf der Tagesordnung derselben steht die erste Lesung des handelspolitischen Abkommens mit Spanien, sowie Anträge aus dem Hause.

Baden.

Karlsruhe, 30. Jan. Das „Verordnungsblatt" Nr. 5 der großh. bad. Zolldirektion enthält: Die Vorschriften über die Dienstkleidung der Hauptsteueramts- und Hauptzollamtsdiener, sowie der Nebenzollamts- und Unterstteueramtsdiener betr. Die Vorschriften über Dienstkleidung und Ausrüstung der badischen Zoll- und Reichssteuer-Aufsichtsmannschaft betreffend.

* **Karlsruhe,** 1. Febr. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" versichern, der Großherzog von Baden interpellirte den Kaiser an seinem Geburtstage über das Volksschulgesetz, doch lehnte der Kaiser das Eingehen auf diese Frage ab. (Ob diese Mittheilung auf Wahrheit beruht, wissen wir nicht; wir geben dieselbe wie wir sie finden. Red.)

* **Karlsruhe,** 1. Febr. Der preußische Kultusminister Graf Zedlitz sprach in seiner Rede zum preußischen Volksschulgesetz auch vom „liberalen badischen Musterstaat" und kritisirte nicht unpassend dessen Gesetzgebung. Darüber geräth nun die „Bad. Landesztg." geradezu außer Rand und Band. „Wir protestiren," schreibt sie, gegen derartige Taktlosigkeiten Seitens eines preußischen Ministers; sie können nur geeignet sein, seine völlige Unfähigkeit, einen preußischen Ministersessel auszufüllen, in um so grellerem Lichte zu zeigen." Jetzt natürlich wird von Zedlitz sofort seinen Bündel schnüren und einem gesinnungstüchtigen Liberalen, etwa vom Schlage Kiefer, Platz machen.

Karlsruhe, 30. Jan. Wie ein hiesiger Korrespondent der „N. Bad. Landesztg." „aus durchaus zuverlässiger Quelle" erfährt, hält man in Hofkreisen den Rücktritt des Ministers Turban und dessen Ersatz durch den derzeitigen Gesandten in Berlin, Geh. Legationsrath v. Brauer, für nahe bevorstehend. Eine weitere Veränderung im Ministerium, wodurch das konservative Element in demselben vollständig dominirend würde, sei erst für spätere Zeit in Aussicht genommen. Wie die „N. Bad. Landesztg." selbst, so geben auch wir diese Meldung nur mit Vorbehalt wieder.

Badischer Landtag.

△ **Karlsruhe,** 30. Januar.

20. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. Frank unterstützt den Plan Wilkens bezüglich der Errichtung eines Landgerichts in Heidelberg. Das Gleiche treffe aber auch für Pforzheim zu. An Arbeit fehle es in Pforzheim nicht; gerade diese Gegend liefere zum Karlsruher Landgericht sehr viele Arbeit. Bezüglich des neuen Amtsgerichtsgebäudes in Sinsheim bezweifelt Redner die Nothwendigkeit.

Abg. Wilkens ist im Allgemeinen mit dem Verlauf der Debatte bezüglich seines Planes zufrieden. Abfällig habe sich eigentlich nur Herr Bassermann, von dem er schon von vornherein keinen günstigen Wind erwartete, ausgesprochen. Der Plan sei nicht von ihm, sondern von der Großh. Regierung ausgegangen. Mit der Erklärung des Ministers über diese Frage ist Redner ebenfalls zufrieden. Er werde später in der Sache noch den Weg der Petition betreten.

Abg. Schlosser beantragt die Erbauung eines neuen Amtsgerichtes in Lahr und schildert die in dieser Beziehung vorhandenen Mißstände.

Abg. Gesell befürwortet die Errichtung einer Kammer für Handelssachen und einer detachirten Strafkammer in Pforzheim.

Abg. Hug: In dem Ausdruck seines Wunsches nach Errichtung eines Landgerichtes in Heidelberg scheine Abg. Wilkens, auch wenn er ein durchaus lebensfähiges, hinlänglich beschäftigtes Landgericht anstrebe, doch wohl die Lokalinteressen zu sehr im Auge zu haben. Er nehme dies dem Abg. Wilkens nicht übel, aber auf der anderen Seite dürfe auch nicht verübelt werden, wenn Redner sich auf den Standpunkt der allgemeinen Staatsinteressen, auf den Standpunkt der Staatskasse stelle und dem Projekt der Errichtung eines Landgerichts in Heidelberg entgegentrete. Die Ausführung dieses Projektes würde wohl eine ständige Belastung der Staatskasse von jährlich 40—60,000 Mk. erfordern, selbst wenn man in Betracht ziehe, daß einige Räthe beim Landgerichte Mannheim entbehrlich würden. Von dem Herrn Abgeordneten Wilkens sei zur Begründung seines Wunsches die Erleichterung für die Bevölkerung von Heidelberg und Umgebung bei Inanspruchnahme landgerichtlicher Hilfe betont worden. Allein es scheine dem Redner in Rücksicht auf die geringe Entfernung Heidelbergs vom Mannheim die Erleichterung nicht in dem Maße geboten, daß sie als ein dringendes Bedürfniß bezeichnet werden könne. Vergleiche man damit die großen Entfernungen der zum Landgerichtsbezirk Konstanz gehörigen Schwarzwaldgegend von diesem Gerichtssitz, so scheine ihm die Errichtung eines Landgerichts in Villingen ein ungleich dringenderes Bedürfniß als jene eines Landgerichts in Heidelberg. Redner will zwar nicht für Errichtung eines Landgerichts in Villingen eintreten, aber wenn der Vorschlag eines Landgerichts in Heidelberg auftauche, so sei es wohlberechtigt, die Errichtung eines Landgerichts in Villingen als im höheren Grad wünschenswerth darzustellen. Außer der Erleichterung im Verkehr mit dem Landgericht sei von dem Abg. Wilkens das Bedürfniß eines solchen Gerichtshofes für die Universität hervorgehoben worden. Schon der Abg. Bassermann habe diese Behauptung in überzeugender Weise bekämpft; nach des Redners Anschauung sei zwar nothwendig, daß die Vertreter der Wissenschaft mit der Praxis Fühlung haben, allein es könne dies auch auf anderem Wege, nämlich durch juristische Literatur ꝛc. erreicht werden. Schließlich betont Redner, daß die Finanzlage unseres Staates, auch wenn sie gegenwärtig befriedigend sei, in Rücksicht auf das im Voranschlag herrschende Defizit, zu strenger Sparsamkeit mahne.

Abg. Vogelbach befürwortet ein Landgericht in Lörrach.

Abg. Wittum rügt, daß in Pforzheim vorgekommene Kleinigkeiten vor dem Landgericht in Karlsruhe verhandelt würden, was als eine Beschwerniß betrachtet werde.

Minister Nokk bestreitet die Nothwendigkeit der Errichtung einer Kammer für Handelssachen in Pforzheim. Bezüglich des Zustandes des Amtsgerichtsgebäudes in Lahr seien Beschwerden bis jetzt noch nicht vorgekommen.

Abg. Hoffmann betont als Kommissionsberichterstatter, daß sich früher das Bestreben stets geltend gemacht habe, die kleinere Landgerichte Waldshut und Mosbach aufzuheben, während heute das Gegentheil der Fall sei. Eine Vermehrung der Landgerichte bringe zweifellos einen höheren Kostenaufwand mit sich und davon möchte er abrathen, so lange keine dringende Nothwendigkeit vorliege.

Minister Nokk verspricht dem Abg. Wittum, daß seine Beschwerde Abhilfe finden werde.

Abg. Gönner kommt auf die Verwendung der jungen Juristen zu sprechen und betont den Vortheil des gemeinsamen Studiums und der gemeinsamen theoretischen und praktischen Vorbildung, sowie die freie Wahl bezüglich des Eintritts in die eine oder andere Laufbahn. Das führe jedoch zu verschiedenen Kalamitäten. Dahin rechne er den Mangel an den nöthigen Kräften für die Verwaltungsstellen. Es sei deßhalb nothwendig, daß die freie Wahl etwas beschränkt werden müsse; auch hinsichtlich des Notariates erscheine dies nothwendig.

Minister Nokk hält die Veröffentlichung der Examensresultate nach der Lokation für unwesentlich. Bezüglich der Bevorzugung der mit der Note gut bestandenen Examen bemerkt er, daß das auf gesetzlicher Grundlage beruhe. Im Uebrigen sei bei der Verwendung die Bewährung in der Praxis maßgebend. Bezüglich der freien Wahl der beiden juristischen Laufbahnen halte er daran fest, wenn es der Regierung auch verübelt bleiben müsse, diese Wahl zu beeinflussen. Das Notariat sei als eine mit den richterlichen Beamten gleichwerthige Stellung zu betrachten und die Beschäftigung in demselben könne nicht als eine untergeordnete betrachtet werden. Die Regierung sei deßhalb auch auf Hebung der äußeren Stellung dieses Berufes bedacht gewesen. Bezüglich der Bevorzugung jüngerer Kräfte älteren gegenüber betone er, daß das dienstliche Interesse maßgebend sein müsse, wenn auch soweit möglich auf andere Verhältnisse Rücksicht genommen werde.

Abg. Kiefer ist ebenfalls der Ansicht, daß die Veröffentlichung der Lokation etwas nach der Schulbank rieche, und ist deßhalb für Abschaffung dieser Veröffentlichung. Die Verbindung von Justiz- und Verwaltungsvorbereitung halte er für unhaltbar. Die Prüfung müsse getrennt vor sich gehen; im Hinblick auf das neue Civilgesetzbuch und die ausgedehnte socialpolitische Gesetzgebung erscheine dies doppelt nothwendig. Es gebe junge Socialdemokraten, die in socialpolitischen Fragen mehr verstünden, als manche Referendäre. Ferner halte er den Eintritt in die Advokatur für zu leicht. Eine Erschwerung des Uebergangs zur Anwaltschaft liege im Interesse der Rechtspflege. Ferner sei es sehr mißlich, daß die Anwälte beider Parteien im Einverständniß miteinander die Verlegung der Termine bewirken können. Auch sei es mißlich, daß gar manche Praktikanten unmittelbar vor dem Examen oft plötzlich mehrere Wochen zum Militär einrücken müßten. Bezüglich des Notariats ist Redner sehr dafür, daß der Notar dem Amtsrichter gleichgestellt wird; ja er wünsche sogar, daß der Notar nicht mehr dem Amtsrichter sondern den Landgerichten unterstellt werde. Das Notariat habe eine hohe Bedeutung; auch würde er einen größeren Wechsel zwischen Anwalt und Richteramt sehr begrüßen.

Abg. Schumann leitet durch verschiedene Erörterungen die Debatte auf das speciell juristische Gebiet, woran sich noch betheiligen die Herren Fieser, Kiefer und Muser, dieser bringt auch das anmaßende Benehmen mancher jüngeren Beamten zur Sprache, ebenso thun dies die Abgg. Benedey, Friderich und Rau, letzterer verlangt Gerichtskassen zur Auszahlung von Zeugengebühren, wird jedoch vom Regierungsvertreter abgewiesen. Ein Antrag ist nicht zu stellen.

Die Sitzung wird auf allgemeinen Wunsch um 1 Uhr geschlossen.

Φ **Karlsruhe,** 1. Februar.

21. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 11¼ Uhr.

Am Ministertisch: Staatsrath Eisenlohr und Regierungskommissare.

Das Haus zeigt Lücken, die Tribünen sind gut besetzt.

Tagesordnung: Berathung der Berichte der Petitionskommission über a) die Bitte der Gemeinden Altbreisach u. a. um Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1856, die Abtretung des Rheinvorlandes an den großh. bad. Staat betr. Berichterstatter: Abg. Strübe; b) die Petition des deutschen Frauenvereins „Reform" zu Weimar um Errichtung eines Mädchengymnasiums oder Zulassung des weiblichen Geschlechts zur Ablegung des Maturitätsexamens. Berichterstatter: Abg. Schlosser.

Die Herren Abgg. Vogelbach, Engelbert und Schweinfurt erhalten Urlaub.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, die Abtretung des Rheinvorlandes an den Staat betr., erhält als Berichterstatter das Wort Abg. Strübe, der die Petition kurz begründet.

Abg. Schuler befürwortet als Vertreter des Bezirks Breisach ebenfalls die Petition und bittet das hohe Haus um seine Zustimmung, da die Petenten kein Geschenk, sondern ein wohlverbrieftes Recht verlangten. Die Rheinkorrektion sei zwar als ein großes Verdienst der Regierung zu betrachten, allein die betheiligten Gemeinden seien dadurch schwer belastet worden; die Gemeinde Altbreisach habe allein einen Beitrag von circa 37,000 Mk. zu leisten gehabt. Das Recht der Regierung, die betreffenden Ländereien als Staatseigenthum zu betrachten, sei daher sehr fraglich. Die Rhein-Korrektion sei nun zwar größtentheils vollendet, damit sei aber der arbeitenden Bevölkerung mancher Verdienst genommen worden. Ferner sei zu bedenken, daß die Rheinkorrektion nicht ausschließlich zum Schutz der betheiligten Gemeinden ausgeführt worden. Auf der linken Rheinseite besitze Breisach ebenfalls größere Waldstrecken, allein dort sei in Folge der Korrektion niemals von staatlicher Seite ein Anspruch darauf gemacht worden. Viele Gemeinden des Bezirks Breisach befänden sich in Folge der Korrektion in sehr bedenklichen finanziellen Zuständen. Die Stadt Breisach habe z. Z. ca. 100,000 M. Schulden, dabei müßte sie in nächster Zeit durch den Neubau eines Schlachthauses, Schulhauses und einer Wasserleitung ꝛc. noch sehr erhebliche Ausgaben machen. Dieser Stadt mit ihrer großen Geschichte und ihren mannigfachen Leistungen dürfte die Regierung wohl ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Aehnlich verhalte es sich auch in anderen Gemeinden des Bezirkes, er bitte deßhalb zum Mindesten um Zustimmung zum Kommissionsantrag.

Die Sitzung dauert fort.

Lokales.

Karlsruhe, 1. Februar.

* **Der kath. Kirchenbauverein** hat, wie aus dem Inseratentheil ersichtlich, morgen, am Feste Mariä Lichtmeß, seine statutengemäße Generalversammlung ab. Das Hochamt in der Liebfrauenkirche wird an diesem Tage für die Angehörigen des Vereins dargebracht. Abends halb 8 Uhr ist Versammlung im großen Saale des kathol. Arbeitervereinsheims (Berg Zähringen Marienstraße 16), zu der die Vereinsmitglieder, sowie die sonstigen Angehörigen der beiden katholischen Pfarreien eben so dringend wie höflich eingeladen sind. Zur Erfüllung der großen Aufgaben, die zur würdigen inneren Ausstattung der Liebfrauenkirche dem Verein noch gestellt sind, bedarf er auch fernerhin der allseitigen Unterstützung der katholischen Einwohnerschaft hiesiger Stadt und hoffen wir, daß die morgige Generalversammlung, in der uns ein Bild über die bisherige Thätigkeit des Vereins gegeben wird, auch für die Zukunft die besten Aussichten eröffnet.

* **Des morgigen kath. Feiertages** wegen wurde von der städtischen Verwaltung in anerkennenswerther Weise der Viehmarkt auf Mittwoch verlegt.

○ **Hoftheater.** Die erste Wiederholung des Blumenthal-Kadelburg'schen Schwankes „Die Großstadtluft" findet am Donnerstag, den 2. Februar, statt. Am Freitag, den 5., wird Shakespeare's „König Heinrich V." zum ersten Male in Karlsruhe in Scene gehen. Die Titelrolle liegt in den Händen von Herrn Höcker. Die Oper bringt am Donnerstag, den 4., eine Wiederholung von „Francesca von Rimini" und am Sonntag, den 7., „Die Jüdin". Im Stadtgartentheater wird an letzterem Tage „Ein Mann auf's Land" in Scene gehen. — Als nächste Neuheit auf dem Gebiete des Schauspiels befindet sich der überall mit außerordentlichem Heiterkeitserfolge gegebene Posse „Preußen Schüler" von Jacobi und Laufs in Vorbereitung. Die

Oper wird im Laufe des Februar als Neuheit die einaktige Ritter'sche Oper „Der faule Hans" zur Aufführung bringen.

— **Diebstähle.** Im „Kapphorn" und bei einem Kürschner L. in der Kaiserstraße wurde gestern in den Mansarden eingebrochen und aus den Koffern der Dienstmädchen Uhr, Schmuck u. entwendet.

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 1. Febr. Brodpreise für die Zeit vom 1.—15. Februar 1892 nach der Anmeldung der Bäckergenossenschaft. Es kosten: Halbweißbrod 450 Gramm 20 Pfg., 900 Gramm 40 Pfg., Schwarzbrod 700 Gr. 1. Sorte 23 Pfg., 1400 Gr. 1. Sorte 46 Pfg., 700 Gr. 2. Sorte 20 Pfg., 1400 Gr. 2. Sorte 40 Pfg., Kornbrod 450 Gr. 17 Pfg., 700 Gr. 23 Pfg., 900 Gr. 34 Pfg., 1400 Gr. 46 Pfg.

Karlsruhe, 1. Febr. Fleischpreise für die Zeit vom 1.—15. Februar 1892 nach der Anmeldung der Metzgergenossenschaft. Es kosten per ½ Kilo: Ochsenfleisch 64—72 Pfg., Rindfleisch 64—68 Pfg., Kalbfleisch 64—68 Pfg., Schweinefleisch 64—68 Pfg., Hammelfleisch 60—70 Pfg.

Erledigte Stellen für Militäranwärter. 14. Armeekorps. Vakanzenliste Nr. 1 vom 6. Januar 1892. 1. Weichensteller bei der Betriebsdirektion in Kolmar i. E. Gehalt 920 M., steigt auf 1320 M., 120 M. nicht pensionsfähigen Zuschuß. 2. Straßenwart in Griesbach, Wasser- und Straßenbau-Inspektion Offenburg. Gehalt 378 M. 3. Straßenwart in Handschuhsheim, Wasser- und Straßenbau-Inspektion Heidelberg. Gehalt 600 M. 4. 2 Rottenführer im Bereich der Kaiserlichen Eisenbahnbetriebs-Inspektion Mülhausen i. E. Gehalt 920 M. jährlich und 90 M. nicht pensionsfähigen Zuschuß. 5. 6 Bahnwärter bei derselben Behörde wie ad 4. Gehalt 920 M., steigt bis 1320 M. und 120 M. nicht pensionsfähigen Zuschuß. 6. Straßenwart nach Muggensturm, Wasser- und Straßenbau-Inspektion Achern. Gehalt 596 M. 7. Straßenwart nach Oetigheim, Wasser- und Straßenbau-Inspektion Achern. Gehalt 414 M. 8. Landbriefträger beim Postamt Pfirt, Gehalt 650 M., steigt auf 900 M. und 72 M. Wohnungsgeldzuschuß. 9. Landbriefträger beim Postamt Sierenz. Gehalt 650 M., steigt auf 900 M. und 60 M. Wohnungsgeldzuschuß. 10. 6 Bureaugehilfen bei Obereinnehmereien, Hauptsteuerämtern, Domänenverwaltungen. Gehalt je 900 M. Die Annahme erfolgt durch die Steuer-, Domänen- und Zolldirektion.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 30. Jan. Heinrich Finger von Wollstadt, Hauptlehrer hier, mit Emilie Büschle von Untermünsterthal. — Ferdinand Wertheimer von Oestrigen, Kaufmann in Leipzig, mit Blondina Neugaß von Kirchheimbolanden.

Eheschließungen: 30. Jan. Christof Augenstein von Ellmendingen, Lokomotivheizer hier, mit Luise Wessermann von Rothenfels. — Josef Fischer von Freiburg, Schlosser hier, mit Theresia Hammer von Durmersheim. — Karl Valentin von Friedberg, Schreinermeister hier, mit Anna Gründler von Bargen. — Heinrich Bielhauer von Schweigern, Zuschneider hier, mit Anna Perino von hier. — Friedrich Heiß von Daisbach, Schneider hier, mit Friederike Höllmüller von Blankenloch. — Reinhold Ernst von Frankenhausen, Weißgerber hier, mit Friederike Gran von Herrenalb. — Josef Welsch von Wierschen, Grubenaufseher in Dudelingen, mit Franziska Höll von Kappelwindeck.

Geburten: 26. Jan. Eustachius Johann Emil, Vater Eustachius Widenhorn, Friseur. — 27. Jan. Anna, Vater Georg Adolf Weichenfelder, Bahnarbeiter. — Elise Frieda, Vater Eduard Seitz, Taglöhner. — Wilhelm Eduard, Vater Richard Hergt, Sekretär. — 28. Jan. Karl Wilhelm, Vater August Wellnitz, Diener. — Emilie Johanna, Vater August Schmidt, Kaufmann. — Arthur Emil Eugen, Vater Emil Ruch, Kaufmann.

Todesfälle: 29. Jan. Karoline Frey, alt 26 Jahre, Ehefrau des Zeichners Julius Frey. — Frieda König, ledig, alt 17 Jahre. — Wilhelm Frey, Straßenmeister, ein Ehemann, alt 65 Jahre. — Emanuel Brano, Schüler, alt 15 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Lörrach: Mathias Maurer, Fabrikarbeiter, 77 J.
Offenburg: Karolina Eud, geb. Kiefer, 47 J. — Elise Schmitt, 18 J. 5 M.
Raitbach: Verona Währer, geb. Wagner, 78 J.

☞ **Des Feiertages Maria Lichtmeß wegen erscheint das nächste Blatt am Mittwoch.**

Tabelle der Kirchenbücher des Erzbischöfl. Landkapitels St. Leon.

	Getauft.	Getraut.	Begraben.
1. Eichtersheim	6	3	4
Michelbach	8	2	9
2. Epfingen	27	8	17
3. Hockenheim	108	28	79
Reilingen	54	6	34
4. Ketsch	106	12	51
5. Kirrlach	116	17	79
6. Kronau	75	15	61
7. Landshausen	30	4	17
8. Langenbrücken	38	10	26
9. Malsch	67	6	58
Malschenberg	35	6	30
10. Mingolsheim	62	10	55
11. Odenheim	85	12	60
12. Oestringen	98	17	78
13. Rauenberg	50	9	34
14. Rettigheim	21	4	15
15. Rohrbach	46	9	32
16. Roth	86	11	32
17. St. Leon	80	16	52
18. Stettfeld	22	7	22
19. Tiefenbach	24		26
Eichelberg	10	3	5
20. Weiher	32	6	33
21. Zeutern	69	13	50

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben Gatten, Vater, Schwiegersohn, Schwager, Schwiegervater, Bruder und Onkel,

Professor Franz Kremp,

versehen mit den Tröstungen unserer hl. Religion, nach kurzer, aber schwerer Krankheit, heute Morgen 1 Uhr, zu sich in ein besseres Jenseits zu berufen, wovon wir Freunde und Bekannte in Kenntniß setzen.

Rastatt, 31. Jan. 1892.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Elvira Kremp, geb. Holder,
Franz Kremp, Finanzpraktikant, und Geschwister.

Im Verlage des Unterzeichneten ist soeben erschienen und vorräthig in **Freiburg** bei der **Literarischen Anstalt** und in **Karlsruhe** in deren **Agentur**, Herrenstraße 34:

Die Mädchen-Erziehung

nach dem Geiste der katholischen Kirche.

Ein theoretisch-praktisches Hilfsbuch

für Lehrerinnen und alle, welche die weibliche Erziehung beschäftigt, bearbeitet im steten Hinblick auf die Stellung des Weibes in der Familie

Von **Marg. E. Marchand,**
Lehrerin an der kath. Mädchen-Oberklasse in Hermeskeil.
Mit kirchlicher Approbation.
gr. 8. (26½ Druckbogen.) 4 M. 80 Pf.

Mainz, 1892. **Franz Kirchheim.**

Julius Strauss,

nächst dem Marktplatz,
en gros & en détail,
Karlsruhe.

Sämmtliche Neuheiten

in

Besatzartikeln und Besatzstoffen

für

Ball- und Masken-Costüme,

sowie **Fächer, Larven etc.** in grösster Auswahl.

☞ **Echte Feder-Rüschen,** sogen. **Vorstoss,** in Ball- und dunkeln Kleiderfarben, verkaufe, so lange Vorrath, à **M. 1.—** das Meter; **Halsweite M. —.40,** reeller Werth das Doppelte. 5.5

St. Josefshaus.

Den verehrlichen Freunden und Gönnern unserer Anstalt theilen wir ergebenst mit, daß nächsten Dienstag, den 2. Februar (Maria-Lichtmeß) das seit Weihnachten verschobene Spiel: Die hl. Klara, durch die Nähschülerinnen wiederholt wird im Saale des kathol. Arbeitervereins, Marienstraße Nr. 16. Anfang Abends 4 Uhr, wozu wir freundlichst einladen.

Die Vorsteherin.

Katholischer Kirchenbauverein.

Gemäß § 7 der Statuten findet am

Dienstag, den 2. Februar l. J.,

Vormittags 9½ Uhr, Gottesdienst in der Liebfrauenkirche und Abends 8 Uhr Generalversammlung im großen Saale des Arbeiterheims, Marienstr. 16, statt.

Tagesordnung:

1. Thätigkeitsbericht des Vorstandes.
2. Kassenbericht des Rechners.
3. Vorstandswahl.
4. Entgegennahme und Besprechung etwaiger Anfragen und Anträge.

Wir laden hiezu alle Mitglieder sowie alle Wohlthäter zu zahlreichem Erscheinen mit dem Anfügen ergebenst ein, daß auch Nichtmitglieder willkommen sind.

Karlsruhe, den 29. Januar 1892.

Der Vorstand:
Brettle, Pfarrkurat.

2.2

Gottesdienst.

Dienstag, den 2. Februar 1892.
Fest Mariä Lichtmeß.

Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.

6½ Uhr Frühmesse.
7½ Uhr hl. Messe.
8½ Uhr Militärgottesdienst.
9½ Uhr Hauptgottesdienst: Herr Kaplan Martin.
11½ Uhr Kindergottesdienst: Herr Dekan Benz.
3 Uhr Vesper.

Liebfrauenkirche.

6½ Uhr Frühmesse.
8½ Uhr Kindergottesdienst: Herr Kaplan Mutzler.
9½ Uhr Hauptgottesdienst: Herr Kurat Brettle.
2 Uhr Vesper.

NB. Vor dem Hochamte Lichterweihe; nach der Vesper und am Mittwoch (nach der Frühmesse um 7 Uhr Ertheilung des Blasiussegens.

Katholische Pfarrkirche im Stadttheil Mühlburg.

Früh ½7 und ½8 Uhr Austheilung der heiligen Kommunion.
9½ Uhr feierlicher Hauptgottesdienst. Lichter-Prozession in der Kirche.
2 Uhr feierliche Vesper; nachher Sankt Blasiussegen.

An die katholischen Badener

richte ich hierdurch die herzinnige, flehentliche Bitte, den in **Berlin,** wie nunmehr allgemein bekannt, herrschenden Mangel an katholischen Kirchen auch dadurch mit beseitigen helfen zu wollen, daß sie mir einen Baustein zur Errichtung einer **Kirche** für die bisher auf eine armselige **Kapelle aus Fachwerk** angewiesene **Pius-Gemeinde** recht bald einsenden. Wir möchten noch gern im Herbste dieses Jahres den Bau beginnen, aus eigener Kraft aber ist die Piusgemeinde, die **ärmste** aller Berliner katholischen Gemeinden, nicht im Stande, das noch Erforderliche aufzubringen. Darum nochmals katholische Glaubensgenossen im katholischen Badener Lande, die Ihr gewiß manchen Verwandten oder Bekannten hierselbst habet, helft uns, damit wir bald in einer **massiven Kirche** statt in einem morschen Fachwerkbau Gottesdienst halten können. Gott soll's lohnen! Die Gemeinde betet täglich mit dem Unterzeichneten nach der hl. Messe ausdrücklich „für die Wohlthäter der Pius-Kapelle", im Juni wurden für dieselben 4 **Hochämter** gelesen und im November 4 **Requiems** für die verstorbenen Wohlthäter abgehalten. 26.3

Pfarrer Frank bei St. Pius, Berlin, Pallisadenstraße 73.

60,000 Mk. auf beste Bürgschaft

ganz oder getheilt, jede Mark, jede Marke ist willkommen!

„Wer den Armen gibt, leiht dem Herrn auf Wucher." Spr. 19, 17. Genügt Dir diese Bürgschaft? Sende Dein Scherflein zum dringend nothwendigen Kirchenbau nach dem so armen 8.4

Langendernbach auf dem **Westerwald,**
an den Pfarrer **Dr. Luschberger.**

NB. Monatlich halten wir am Herz-Jesu-Freitag ein Amt für unsere Wohlthäter.

Brauerei Schrempp.

Karlsruher Colosseum.

Montag, den 1. Februar 1892:

Große Gala-Vorstellung

mit ganz neuem Künstler-Personal, nur Kräfte I. Ranges.

Auftreten von Frl. Scholz Dore, Frl. Helpul, Herrn Ben Bergel, Paul und Willi, Lucia und Elsa, Gebrüder Schulz und Herren Kolling Müller.

Programm an der Kasse à 10 Pf. Anfang 8 Uhr.

Wiener
Schuhwaaren-Lager

S. Illig,

Kaiserstraße 199a,
Ecke der Waldstraße,

empfiehlt sein großes Lager in **allen Arten Schuhwaaren** in nur bester und gediegenster Waare zu den billigsten, aber festen Preisen:

Herren-Zug- und Schnürstiefel in prima Kalb-, Rind-, Chevreaux- und Lackleder, einfach- und doppelsohlig, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 6.50 an.

Herren-Jagdschnürstiefel, garantirt wasserdicht, bestes Fabrikat, von M. 12.— an.

Damen-Zug-, Knopf- und Schnürstiefel in allen Lederarten, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an.

Knaben-, Mädchen- und Kinder-Schuhe und **Stiefel** in allen Arten.

Ball- und Gesellschafts-Schuhe und **Stiefel** für Herren und Damen von den einfachsten bis zu den elegantesten Mustern.

Größte Auswahl in **Filz-, Tuch- und Pelz-Schuhwaaren** in nur bester Waare.

Gummischuhe, Turnschuhe, Gamaschen, Einlegesohlen, Zehenwärmer, Lacke, Rindercreme, Schuhlöffel, Knöpfer und Stiefel-An- und Auszieher. 10

Reparaturen aller Art werden sofort gut und billigst besorgt.

— **Auswahlsendungen nach Auswärts werden prompt ausgeführt.** —

Hohenlohe'sches Hafermehl,

beste Kindernahrung,

wird in stets frischer Waare angelegentlichst empfohlen. 3.3

Zu haben in allen besseren Geschäften.

Schwanenbesatz

in allen Breiten zu äußerst billigen Preisen.

C. A. Zeumer,
127 Kaiserstraße 127.

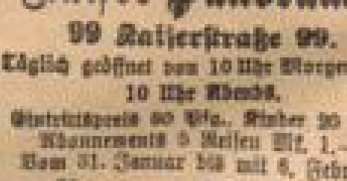
Ein ordentlicher Junge, der Lust zur **Bäckerei** hat, kann sogleich oder auf Ostern in die Lehre treten bei **Karl Maier,** Bäckermeister, **Werderstr. 69, Karlsruhe.**

Katholischer Männerverein

Constantia.

Mittwoch, 3. Febr., Abends 8 Uhr:
Versammlung im Vereinslokal.

Der Vorstand.



Kaiser-Panorama.

99 Kaiserstraße 99.

Täglich geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Eintrittspreis 30 Pfg., Kinder 20 Pfg. Abonnements 5 Reisen M. 1.—.

Vom 31. Januar bis mit 6. Februar:

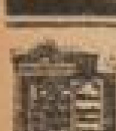
Berner Oberland.

Malerische Parthien.

II. Cyclus.

Jeweils Mittwoch von 1 bis 4 Uhr Eintritt für Schüler 10 Pfg.

RUDOLF MOSSE
Annoncen-Expedition
46 Amalienstrasse 46
(am Kaiserplatz)
KARLSRUHE.
33



Kassenschränke

in nur bester Qualität bei

Wilh. Weiss,
Karlsruhe, 13
Erbprinzenstraße 24.

Trauer-Hüte

beständig großes Lager in den neuesten Formen und Qualitäten.

Hut- und Armflor. Schwarze Kranzen. 5.2

Extra-Anfertigungen binnen weniger Stunden.

L. Ph. Wilhelm,
205 Kaiserstraße 205.

Direkter **Import** echt chinesischer

Thees.

Verkaufs-Preise:

Souchong:	p. Pfd.	p. ½ Pfd.
fein gesiebt	M. 2.20,	M. —.60,
fein gesiebt	M. 2.80,	M. .78,
fein gesiebt	M. 3.20,	M. —.85,
feinst gesiebt	M. 3.80,	M. 1.—,
hochfein gesiebt	M. 4.60,	M. 1.20,
extrafein	M. 5.40,	M. 1.40,
Theespitzen:		
feinst, ohne Staub	M. 2.90,	M. —.80,
fein, ohne Staub	M. 1.90,	M. —.50,

Pecco, Blüthen, per Pfd. M. 6.—, M. 7.—, M. 8.—.
Bourbon-Vanille, st. kryst., per Schote 15, 25 und 30 Pf.
Sämmtliche Sorten sind fein, hocharomatisch und kräftig.

L. Dörflinger,
früher **J. Glaal,**
Karlsruhe i. B., Waldstraße 45.

5.3

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, den 2. Febr. 18. Abonnem.-Vorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Die Großstadtluft.** Schwank in vier Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang halb 7 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, den 3. Febr. 16. Abonnem.-Vorstellung. Zum ersten Male: **Die Großstadtluft.** Schwank in 4 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang halb 7 Uhr.

Stadtgartentheater Karlsruhe.

Sonntag, den 7. Febr. 2. Vorstellung. **Er muß auf's Land.** Lustspiel in drei Akten nach dem Französischen von Friedrich. Anfang 4 Uhr.

Eintrittskarten zu dieser Vorstellung sind von Dienstag, den 2., an zu haben an Theatertagen des Hoftheaters an der Tageskasse von 11—1 Uhr, bis zum Vorstellungstage Vormittags 10 Uhr bei Herrn Kaufmann Otto Mayer, Ecke der Wilhelm- und Schützenstraße, und am Vorstellungstage von 11½—12½ und von 3½ Uhr Nachmittags an, an der Kasse im Stadtgartentheater.

Preise der Plätze: Fremdenloge 2.50, Mittelsperrsitz 2.—, Seitensperrsitz 1.50, Logen 2.—, 1. Rang 1.50, 2. Rang 1.—, Parterre-Stehplatz —.80, Mittelgallerie —.40, Seitengallerie —.30.

Das älteste und grösste

Bettfedern-Lager

William Lübeck in Altona

versendet zollfrei gegen Nachnahme (nicht unter 10 Pfd.) **gute neue Bettfedern für 60 Pf. das Pfd., vorzüglich gute Sorte M. 1.25, prima Halbdaunen nur M. 1.60 und 2 M.,** [8.2
reiner Flaum nur M. 2.50 u. 3 M. Bei Abnahme von 50 Pfd. 5 pCt. Rabatt. Umtausch bereitwilligst.
Fertige Betten (Oberbett, Unterbett und 2 Kissen) prima Julettstoff auf's Beste gefüllt **einschläfig 20, 25, 30 und 40 Mk., zweischläfig 30, 40, 45 und 50 Mk.**

Für die heilige Fastenzeit.

Im Verlage der Unterzeichneten ist in **zweiter Auflage** erschienen:

Eine Kreuzweg-Andacht.

Dieselbe, von einem badischen Seelsorgsgeistlichen verfaßt, eignet sich für alle jene Kirchen, in denen Kreuzwege errichtet und diese Andacht öffentlich und gemeinsam verrichtet wird. Die Gebete sind in die Form der Betrachtung gekleidet und so kurz, daß alle vierzehn Stationen in einer Andacht vollendet werden können. Der Preis stellt sich pro Einzelnes auf **10 Pfg.,** pro Dutzend **80 Pfg.,** pro Hundert **6 Mark.**

Karlsruhe. Buchdruckerei **„Badenia".**

Die Weinhandlung

von **G. Nottermann,** Zirkel 33a, **Keller: Waldstraße 11, Karlsruhe,**

empfiehlt ihre reingehaltenen **Tischweine** in Gebinden von 20 Liter an zu 45, 50, 55, 60, 70, 80 und 90 Pf.

Rothweine von 80 Pf. an. 6.6

Im Verlage der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe ist erschienen:

Sammlung

einiger

der gebräuchlichsten Responsorien, Hymnen und Gebete.

67 S. **Lateinisch und deutsch.** — Preis pro Exemplar broschirt 20 Pfg.

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Köttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.